

Die KP Rußlands: Struktur, Programm, Aktionsmuster

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1998). *Die KP Rußlands: Struktur, Programm, Aktionsmuster*. (Berichte / BIÖst, 9-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43395>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
I. Einführung	7
II. Verankerung der KPRF	9
III. Ideologie und Parteiströmungen	15
IV. Die KPRF als systemintegrierte Partei	20
V. Die internationale Dimension.....	25
VI. Fazit und Ausblick	30
Summary	33

15. Januar 1998

Heinz Timmermann

Die KP Rußlands – Struktur, Programm, Aktionsmuster

Bericht des BIOst Nr. 9/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Ähnlich wie die zu Sozialdemokraten gewandelten früheren KPen Ostmitteleuropas erlebte die KP der Russischen Föderation (KPRF) seit Mitte der 90er Jahre eine überraschende Renaissance. Sie wurde im Dezember 1995 weitaus stärkste Partei im Unterhaus ("Staatsduma") und hatte lange Zeit gute Chancen, die Präsidentschaftswahlen vom Sommer 1996 gegen Jelzin für sich zu entscheiden. In krassem Gegensatz zu ihren früheren osteuropäischen Bruderparteien hat sich die KPRF jedoch nicht sozialdemokratisiert. Vielmehr hat sie einen linksnationalistischen bzw. linksimperialen Kurs eingeschlagen, in dem traditioneller Marxismus-Leninismus mit großrussischem Nationalpatriotismus eine eigenartige Mischung eingehen. Wie ist das Comeback dieser Partei zustande gekommen, die von dem Perestrojka-Gegner Sjuganow geführt wird? Wo liegen ihre organisatorischen Kraftquellen, von welcher Programmatik läßt sie sich leiten, und welches sind die Kernpunkte ihrer Strategie zur Eroberung der Macht? Was wären die Folgen einer Rückkehr der KP an die Macht für den Westen? Der Bericht stützt sich schwerpunktmäßig auf Quellen der KP, auf Analysen russischer und westlicher Experten sowie auf eigene Gespräche und Beobachtungen auf dem IV. KPRF-Parteitag vom April 1997 in Moskau.

Ergebnisse

1. Angesichts der komplexen Transformationskrise ist die große Mehrheit der Bevölkerung in Rußland seit Jahren einem ständigen Streß ausgesetzt. Von daher kann es nicht überraschen, daß sie sich schwerpunktmäßig auf jene Kräfte orientiert, die – wie die KPRF (und die Liberal-Demokratische Partei Shirinowskijs) – scharfe Kritik an dem Jelzin-Regime im Zentrum und seinen Ablegern in den Regionen üben, die für die Misere verantwortlich gemacht werden. Hatte der Protest bei den Staatsdumawahlen vom Dezember 1993 seinen wichtigsten Bezugspunkt noch in der Shirinowskij-Partei gesehen (22,9 Prozent, KPRF: 12,4 Prozent), so konzentrierte sich das Votum in Umkehrung dieses Ergebnisses im Dezember 1995 auf die KP (22,4 Prozent; LDPR: 11,2 Prozent). Zugleich verfügt die KPRF über ein eindrucksvolles organisatorisches Netz und eine Vielzahl politischer Stützpunkte. Mit rund 540.000 Parteibuchbesitzern zählt sie mehr als doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien Rußlands zusammengenommen, und ihre über 20.000 Grundorganisationen verteilen sich auf sämtliche 89 Subjekte der Föderation.

2. Auf den ersten Blick wirken die genannten Strukturdaten der KPRF tatsächlich eindrucksvoll und scheinen für sie Chancen für eine Rückkehr an die Macht zu signalisieren. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Aussichten eher gering einzuschätzen sind, falls sich die Partei in Programm, Stil und sozialer Komposition nicht grundlegend wandelt. Dafür aber gibt es, wie die Ergebnisse ihres IV. Parteitags vom April 1997 demonstrieren, vorerst wenig Anzeichen. Stichworte sind: Stagnation der Mitgliedschaft, wobei insbesondere über das Fernbleiben der jüngeren Generation geklagt wird; der Umstand, daß die als "Klassenpartei" definierte KP den Kontakt zur Arbeiterklasse weitgehend verloren hat; das Abreißen der früheren organischen Verbindungen zu flankierenden gesellschaftlichen Organisationen, wodurch die soziale Mobilisierungsfähigkeit der KP für ihre politischen Ziele stark reduziert wurde. Alle Anstrengungen um eine Erweiterung der Basis – beispielsweise durch Gründung der KP-dominierten "Volkspatriotischen Union" – können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die KPRF und ihre Verbündeten mit rund 40 Prozent bei den Wahlen zur Staatsduma und zum Präsidentenamt an eine Grenze gestoßen sind und ihr Potential voll ausgeschöpft haben. Aufgrund der erwähnten ungünstigen Strukturdaten ist sogar damit zu rechnen, daß ihr Potential schrumpfen wird und ihre Chancen auf eine Übernahme der Führung des Landes zukünftig eher sinken.
3. Bei Licht besehen entzieht sich die KPRF jedem im Westen geläufigen Recht-Links-Schema. Legt man statt dessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsfixierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die Partei eindeutig dem zuerst genannten Parteientyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen imperial-patriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung marxistisch-leninistischen, sowjetkommunistischen Gedankenguts. Dabei lassen sich in der KPRF bei vielen Querverbindungen und Überschneidungen drei innerparteiliche Grundströmungen ausmachen, die in unterschiedlicher Stärke jeweils Teile der Programm-Versatzstücke repräsentieren
4. Den größten Einfluß haben die *Nationalpatrioten* unter ihrem unangefochtenen Repräsentanten Sjuganow. Indem die Vertreter dieser Strömung auf die Restauration der Größe des Landes auf der Grundlage traditionell-russischer Werte setzen, den spezifischen Charakter Rußlands gegenüber der westlichen Zivilisation hervorheben und das marxistische Erbe in den Hintergrund drängen, konvergieren sie programmatisch mit den übrigen nationalpatriotischen Gruppierungen (mit Ausnahme der als unseriös eingeschätzten Shirinowskij-Partei). Folgerichtig gibt es in dieser Strömung Bestrebungen, die KPRF mit ihren Partnern der Volkspatriotischen Union zu einer Partei rechtszentristischen Typs zu verschmelzen. Schwer einzuschätzen sind Stärke und Einfluß der zweiten, von Vize-Parteichef Kupzow inspirierten Strömung, die man als *marxistische Erneuerer* bezeichnen könnte. Diese Strömung hält am sozialistischen Erbe Marxscher und Leninscher Prägung fest und sieht die nationalpatriotischen Eskapaden des Sjuganow-Flügels mit Skepsis. Offenbar schwebt ihr vor, für die KPRF im russischen Parteienspektrum das linke Feld zu besetzen. Die kleinste Strömung in der KPRF bilden mit einem Anteil von 10 bis 15 Prozent die *stalinistischen Nostalgiker*, zu denen auch einige der Putschisten von 1991 und 1993 zählen. Diese Strömung übt als solche nur geringen Einfluß auf Programmatik

und Politik der Partei aus, profitiert aber von dem Druck, den stalinistische Formationen *von außen* auf die KPRF-Führung ausüben, um sie zur Liquidierung nationalistischer bzw. linksreformerischer Programmatik zu zwingen.

5. Angesichts des Übergewichts nationalpatriotisch-staatsfixierter Tendenzen wird die spezifische Aufarbeitung der Vergangenheit durch die KPRF verständlich – der Umstand nämlich, daß unter den bolschewistischen Führern neben Lenin (vor allem als Restaurator der staatlichen Einheit Rußlands) besonders Stalin herausgehoben wird. Zwar werden dabei in ambivalenten Formeln Stalins Repressionen verurteilt, doch wiegt dies in den Augen der KPRF-Führung gering gegenüber dem Verdienst des Diktators, die Sowjetunion in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und den weltrevolutionären, Rußlands Kräfte auszehrenden Internationalismus zum etatistisch-imperial normierten Sowjetpatriotismus umgeformt zu haben. Sjuganow geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er im Verhältnis zum Westen nicht nur Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorhebt, sondern darüber hinaus explizit mit den Thesen Huntingtons vom "Zusammenstoß der Zivilisationen" als Hauptwiderspruch der zukünftigen Epoche sympathisiert. Allerdings stoßen diese Thesen Sjuganows in der Partei auf Widerspruch.
6. Ein großes Problem besteht für die KPRF darin, daß Wort und Tat bei ihr oft weit auseinanderklaffen. So charakterisiert sie sich selbst als "unversöhnliche Opposition", übt sich in systemkritischer Rhetorik und stellt ihre Politik in den Dienst eines "nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes" zum Sturz des Jelzin-Regimes. Tatsächlich jedoch erteilt die KPRF einer organisierten Machtergreifung auf revolutionär-gewaltsamem Wege ebenso eine deutliche Absage wie gewaltsamen Aktivitäten an der Basis. Statt dessen hat sie sich längst in das System integriert. Inhaltlich bezieht sich der Grundkonsens auf zentrale politische Ziele, darunter: die Herausarbeitung einer neuen russischen Idee als lagerumspannende geistige Orientierung; die Notwendigkeit der Entwicklung eines auf eigenen Traditionen beruhenden, vom Westen unterschiedenen politischen und Wirtschaftsmodells; die Wiederherstellung von Größe und Würde Rußlands; die Annäherung und Integration der GUS-Staaten mit Rußland als zentralem Bezugspunkt. Dieser Grundkonsens hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß Rußland trotz der gewaltigen mehrdimensionalen Umbrüche politisch und gesellschaftlich spätestens seit Ende 1993 von einer erstaunlichen Kontinuität und Stabilität geprägt ist. Im politischen Tagesgeschehen findet all dies seinen Ausdruck in der Bereitschaft der KPRF zu konsensorientierter Mitarbeit im System sowie in dem Streben nach Kompromiß und Ausgleich mit der Exekutive.
7. Auch auf internationalem Felde bildet sich ein lagerübergreifender Grundkonsens zwischen der KPRF und der Jelzin-Regierung heraus, allerdings – insbesondere im Hinblick auf Charakter und Perspektiven der GUS-Integration – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen. So sucht die KPRF mit einem breitgefächerten Instrumentarium von Einwirkungsmaßnahmen vorrangig im slawischsprachigen GUS-Raum die Integration bis hin zur staatlichen Vereinigung zu forcieren. Zwar betont die KP-Führung in ihren Dokumenten ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung auf freiwilliger Basis und unter Berücksich-

tigung des Bevölkerungswillens geschehen soll. Die heftigen Proteste führender Politiker aus den meisten GUS-Ländern gegen die Dumaresolution vom März 1996 unterstreichen jedoch, daß diesen Absichtsbekundungen wenig Glauben geschenkt und überhaupt eine Integrationslinie mit dem Ziel einer staatlichen Vereinigung strikt abgelehnt wird. Sollte eine KP-geführte Exekutive dennoch versuchen, ihre Maximal-Strategie in die Wirklichkeit umzusetzen, so könnte dies zu erheblichen Turbulenzen in GUS-Staaten und zu scharfen Konflikten mit dem Westen führen.

8. Angesichts der selbstgestellten Hauptaufgabe der Integration der GUS-Staaten um Rußland herum rückt bei der KPRF die Beschäftigung mit dem traditionellen Ausland stark in den Hintergrund. Hier dominiert in der Programmatik zwar die Polemik gegen den Westen, doch vermittelt die aus ideologischen Kategorien abgeleitete Feindsicht nicht das ganze Bild. Analog zur Innen- und Wirtschaftspolitik fügen sich auch die westpolitischen Konzeptionen der KPRF in den erwähnten Grundkonsens unter den politischen Eliten Rußlands, wie er von Außenminister Primakow verkörpert wird. Dazu gehört die Betonung der Notwendigkeit, die eigenständige Rolle Rußlands durch Diversifizierung seiner internationalen Beziehungen, durch eine Politik "tous azimuts" (Primakow) zu unterstreichen. In ihrem Kern zielt diese Linie vorrangig auf den Abschluß strategischer Partnerschaften mit China, Indien und weiteren Mächten im asiatisch-pazifischen und nahöstlichen Raum. Damit soll demonstriert werden: Rußland ist bereit und in der Lage, globalen Hegemonieambitionen der USA durch enge Beziehungen zu anderen Machtzentren wirksam entgegenzutreten, nachdem sich der Anspruch Moskaus auf strategische Parität mit Washington nicht aufrechterhalten läßt. Solche strategischen Partnerschaften bedeuten aus der Sicht der KPRF-Führung jedoch keine vorbehaltlose Gegnerschaft zum Westen. So stimmte die KP-Fraktion der Staatsduma im Dezember 1996 dem umfassenden und perspektivreichen Partnerschafts- und Kooperationsvertrag Rußland-EU zu und gab damit zu erkennen, daß die Sjuganow-Partei an engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union interessiert ist.
9. Über das Verhältnis zu den Staaten der GUS und dem traditionellen Ausland hinaus haben die internationalen Beziehungen der KPRF aber noch eine dritte, aus KPdSU-Zeiten überkommene Dimension: die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien in aller Welt. Diese Tradition manifestierte sich auf dem Treffen der KP-Führung mit den Repräsentanten der insgesamt 82 Auslandsdelegationen im Anschluß an den IV. Parteitag vom April 1997. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Re-Integration der GUS-Staaten und die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Parteien: Hierin liegt für die KPRF die höchste Form des Internationalismus. Gegen den traditionellen Internationalismus der Kommunisten dagegen hegt die KPRF als volkspatriotische Kraft russischer Prägung starke Vorbehalte. Für Führungsfiguren wie Sjuganow stellt er im Grunde nur eine andere Variante westlicher Bestrebungen dar, den spezifischen Zivilisationstyp Rußland den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt auszusetzen.

I. Einführung

Fast überall erlebten die KPen nach dem Sturz der kommunistischen Regime in Osteuropa mit gewissem Zeitverzug eine glänzende Wiederkehr. In einer Reihe von Ländern dieser Region – so in Polen, Ungarn, Litauen, Bulgarien – wurden sie führende Regierungsparteien, ohne daß westliche Politik hierüber in Panik verfallen wäre. Der Grund: Die Ex-KPen hatten sich mehr oder weniger überzeugend in Parteien sozialdemokratischer Prägung gewandelt und die Prinzipien der europäischen Demokratie in Theorie und Praxis akzeptiert. Folgerichtig wurden die ersten von ihnen mittlerweile in die Sozialistische Internationale aufgenommen – die ungarischen Sozialisten und die polnischen Sozialdemokraten als Vollmitglieder, andere mit Beobachter- oder Gaststatus.¹

Ganz anders die KP der Russischen Föderation (KPRF).² Auch sie erlebte eine überraschende Renaissance, wurde im Dezember 1995 weitaus stärkste Oppositionspartei im Unterhaus ("Staatsduma") und hatte lange Zeit gute Chancen, die Präsidentschaftswahlen vom Sommer 1996 gegen Jelzin für sich zu entscheiden. In krassem Gegensatz zu ihren früheren osteuropäischen Bruderparteien hat sie sich jedoch *nicht* sozialdemokratisiert, und sie *will* dies auch gar nicht. Vielmehr hat sie einen linksnationalistischen bzw. linksimperialen Kurs eingeschlagen, in dem traditioneller Marxismus-Leninismus mit großrussischem Nationalpatriotismus eine eigenartige Mischung eingehen. So gesehen gleicht die KP Rußlands eher der nationalistisch-populistischen Sozialistischen Partei Serbiens unter Milošević als den ex-kommunistischen Reformparteien Ostmitteleuropas. Westliche Skepsis vor einer Übernahme der Macht durch die Sjuganow-KP im Zuge der Präsidentschaftswahlen von 1996 war daher durchaus berechtigt. Was sind die Gründe für den spezifischen Charakter der KP Rußlands?

Hier ist zum einen auf die Entstehungsgeschichte der Partei zu verweisen. In Ostmitteleuropa haben die Neo-Sozialdemokraten ihre Wurzeln in den *Reformflügeln* der KPen, die leninistische Orthodoxie wurde rasch marginalisiert und eliminiert. In Rußland dagegen bildete sich die KP seit 1990 umgekehrt als Widerpart *gegen* den Reformkurs Gorbatschows, als Sammelbecken all jener Kräfte, die an den traditionellen, sich zunehmend mit nationalpatriotischem Gedankengut mischenden Postulaten des Marxismus-Leninismus festhielten und die Perestrojka des Generalsekretärs als Verrat an der kommunistischen Sache und am sowjetischen Vaterland ansahen.³ Demokratische und sozialdemokratische Strömungen der KPdSU

¹ Vgl. hierzu meinen Beitrag: Nehmen die Kommunisten Revanche?, in: Europäische Rundschau (Wien), Nr. 4/1994, S. 21-36.

² Die ausführlichste und beste Untersuchung hierzu bei J. Barth Urban, *Russia's Communists at the Crossroads*, Boulder 1997. Vgl. auch G. Luchterhandt, Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht. Die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation, in: *Osteuropa* (Aachen), Nr. 10/1996, S. 968-986; H. Timmermann, Renaissance der KP Rußlands, in: *Europäische Rundschau*, Nr. 2/1996, S. 59-80; sowie aus der Sicht russischer Experten: "Levaja volna" v postkommunističeskoj Evrope (1993-1996), in: *Vestnik Fonda "Rossijskij obščestvenno-političeskij centr"* (Moskau), Mai 1996, S. 7-20. In dem vorliegenden Beitrag wird auch auf Aufzeichnungen zurückgegriffen, die der Autor als Beobachter des IV. KPRF-Parteitag in Moskau (April 1997) machte und die so z.T. nicht publiziert wurden.

³ Vgl. hierzu ausführlich Barth Urban, a.a.O., S. 37ff.

ließen sich in der KP Rußlands erst gar nicht registrieren; sie verließen im folgenden die KPdSU und beteiligten sich aktiv an der Gründung neuer demokratischer Parteien.

Für den spezifischen Charakter der KP Rußlands gibt es aber noch einen weiteren Grund. In Ostmitteleuropa waren die KPen nach 1945 überwiegend künstliche Gebilde, großgeworden mit Unterstützung der Sowjets und später durch zwangsweise Einverleibung der Sozialdemokratie. Die so geprägten KPen *mußten* sich sozialdemokratisieren und europäisieren, wollten sie nach dem Systemwechsel im Spiel bleiben. In Rußland dagegen hatten die Kommunisten 1917 eine Revolution erfolgreich aus *eigenen* Kräften inszeniert (die übrigens in ganz Europa die einzige ihrer Art bleiben sollte). Danach hatten sie ihr Land in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und es schließlich sogar in den Rang einer zweiten, den USA militärisch gleichrangigen Supermacht erhoben. Ideologisch fand dies darin seinen Ausdruck, daß Stalin, "gestützt auf das Postulat von der Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande, Schritt für Schritt von der internationalistischen Weltsicht des Marxismus zur nationalstaatlichen Weltsicht übergang und am Ende seines Lebens ernsthaft die Grundlagen für die Konzeption des 'imperialen Sozialismus' legte".⁴ Diese Transformation der KPdSU schuf unter Stalin und seinen Nachfolgern in weiten Teilen der Bevölkerung einen gewissen, über die KPdSU vermittelten großrussisch-patriotischen Grundkonsens, an den die KPRF mit großem Engagement und beträchtlichem Erfolg anknüpft. Die häufigen Bezüge Sjuganows auf die mächtige Sowjetunion als den entscheidenden Widerpart globaler politischer, militärischer und kultureller Dominanz der Vereinigten Staaten unterstreichen die nationalistisch-imperiale Färbung weiter Teile der KPRF. Vorstellungen internationaler Partnerschaft und Solidarität der Sozialdemokratie können in einer so geprägten Partei nur schwer Fuß fassen.

Dies verweist auf eine dritte, die wohl einschneidendste Ursache für die Divergenzen zwischen den meisten Ex-KPen Ostmitteleuropas einerseits und der KPRF als der stärksten und einflußreichsten Nachfolgeorganisation der KPdSU andererseits. Die Ostmitteleuropäer wollen "zurück nach Europa", die Betonung von Gleichartigkeit und sogar Identität mit dem Westen steht im Zentrum ihrer Selbstwahrnehmung. Die zu Sozialdemokraten gewandelten früheren KPen fühlen und profilieren sich als Teil eines Grundkonsenses, der von dem Bestreben charakterisiert ist, ihre in gemeinsamen kulturellen Traditionen tief verankerte europäische Identität jetzt in politische, ökonomische und sicherheitspolitische Realität umzusetzen. In Rußland dagegen bildet die KPRF einen integralen Teil der großen Mehrheit unter den Eliten, die – in abgestufter Weise – die Eigenständigkeit, Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorkehren. Sie betont die eigenen, westlicher Dekadenz überlegenen Werte des russischen Zivilisationstyps und fordert, die spezifische, historisch verankerte "russische Idee" der zukünftigen Staatsdoktrin zugrunde zu legen. Aus dieser Sicht gilt es als unhistorisch, defätistisch und letztlich selbstzerstörerisch, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Rußland in Anlehnung an westliche Vorbilder und Erfahrungen zu transformieren. Logischerweise ergeben sich auch hieraus tiefgreifende Divergenzen zur internationalen Sozialdemokratie, die – auf dem Nährboden von Aufklärung und Rationalismus

⁴ So B.S. Orlov, Perspektivy razvitiya social'noj demokratii v Rossii (dve partii – dve političeskie kul'tury), in: Vestnik Fonda "Rossijskij obščestvenno-političeskij centr", Nr. 1/1997, S. 88-97, hier S. 95.

des Westens gewachsen – die Realisierung von freiheitlicher Demokratie und "allgemeinmenschlichen Werten" auf ihre Fahnen schrieb und die in diesem Zeichen westliche Politik insbesondere nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ganz wesentlich mitgestaltet hat.

Wie im einzelnen ist das Comeback dieser Partei zustande gekommen, die von dem Perestrojka-Gegner und gelehrten ML-Gesellschaftswissenschaftler Gennadij Sjuganow (Jg. 1944) geführt wird? Wo liegen die organisatorischen Kraftquellen der KPRF, von welcher Programmatik läßt sie sich leiten und welches sind die Kernpunkte ihrer Strategie zur Eroberung der Macht? Würde die Rückkehr der KPRF an die Macht auf eine Konfrontation mit dem Westen hinauslaufen oder wären in einem solchen Fall Angebote zu fortgesetzter Kooperation und partnerschaftlichem Interessenausgleich zu erwarten?

II. Verankerung der KPRF

Angesichts der komplexen Transformationskrise ist die große Mehrheit der Bevölkerung in Rußland seit Jahren einem ständigen Streß ausgesetzt. Von daher kann es nicht überraschen, daß sie sich schwerpunktmäßig auf jene Kräfte orientiert, die – wie die KPRF (und die Liberal-Demokratische Partei Shirinowskij) – scharfe Kritik an dem Jelzin-Regime im Zentrum und seinen Ablegern in den Regionen üben, die für die Misere verantwortlich gemacht werden. Dabei kommt der KPRF zugute, daß die Vorbehalte unter den Menschen gegenüber den Kommunisten mit dem wachsenden zeitlichen Abstand von ihrer Entmachtung offenbar geringer geworden sind: Hatte der Protest bei den Staatsdumawahlen vom Dezember 1993 seinen wichtigsten Bezugspunkt noch in der Shirinowskij-Partei gesehen (22,9 Prozent, KPRF: 12,4 Prozent), so konzentrierte sich das Votum in Umkehrung dieses Ergebnisses im Dezember 1995 auf die KP (22,4 Prozent; LDPR: 11,2 Prozent).

Der Aufschwung der KPRF ist durchaus kein Zufall. Vielmehr drückt sich darin der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Verelendung solcher sozialer Gruppen aus, die zu den Verlierern der Umbrüche zählen: Rentner, kinderreiche Familien, Staatsangestellte (Lehrer, Humanwissenschaftler, Ärzte, Polizisten, Militärs), Arbeiter unrentabler Betriebe sowie Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz aus Industrie, Rüstungssektor und den Konstruktionsbüros der Hochtechnologie. Im allgemeinen werden diese Gruppen unterbezahlt, oft empfangen sie monatelang überhaupt kein Geld und fürchten um ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus kann die KP mit wachsender Verelendung des flachen Landes auf die Unterstützung durch Management und Arbeiter der noch weitgehend intakten Kolchos- und Sowchosbetriebe rechnen, die bislang eher der linkspragmatischen Agrarpartei zuneigten. Wachsenden Zulauf erhält sie auch aus jenen Teilen der Bevölkerung, die dem verlorenen Großmachtstatus Rußlands nachtrauern, die den materiellen und moralischen Verfall der Armee als dessen Stütze beklagen und die schließlich entschiedene Maßnahmen gegen die zunehmende Korruption und Kriminalität fordern. Dazu gehören auch die Militärs, denen die KPRF die Wiederherstellung einer gut gerüsteten mächtigen Armee sowie energische Anstrengungen bei dem Bestreben verspricht, die angeblich durch Verrat Gorbatschows und gegen den Willen der Völker auseinandergefallene Sowjetunion auf friedliche Weise wieder zusammenzufügen.

Vor diesem Hintergrund wäre es zu einfach, die KPRF kurzerhand als bloße "Rentnerpartei" abzutun, wie es häufig geschieht. Vielmehr zählen zu ihrem Anhang auch viele Angehörige solcher Berufsgruppen, die ein hohes professionelles Niveau aufweisen und die im alten Regime oft tragende Positionen einnahmen. So haben unter ihren Wählern 38 Prozent eine mittlere und 10 Prozent eine höhere Bildung.⁵ Das entscheidende Motiv ihres Engagements für die KP liegt darin, daß sie unter den neuen Bedingungen entweder in Ansehen und Bezahlung herabgestuft wurden oder überhaupt nicht mehr benötigt werden. Betroffen hiervon sind nicht zuletzt große Teile von Akademikern aus humanwissenschaftlichen und technischen Berufen, d.h. Angehörige der früheren "Sowjetintelligenz".

Unter diesen Rahmenbedingungen verfügt die KPRF über ein eindrucksvolles organisatorisches Netz und eine Vielzahl politischer Stützpunkte. Mit rund 540.000 Parteibuchbesitzern zählt sie mehr als doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien Rußlands zusammengekommen, und ihre über 20.000 Grundorganisationen verteilen sich auf sämtliche 89 Subjekte der Föderation. Relativ schwach ist die KPRF im Medienwesen verankert: Zu TV- und Rundfunkstationen hat sie auf nationaler Ebene nur begrenzt Zugang sowie in den Regionen und Kommunen nur dort, wo sie leitende politische Positionen einnimmt. Dies erweist sich insbesondere in den Wahlkämpfen als großes Handicap: Jelzins Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen von 1996 ist fraglos zu einem Gutteil das Ergebnis seiner überwältigenden Medienpräsenz. Besser sieht es für die KPRF bei den Printmedien aus, wo sie in den Regionen und Kommunen insgesamt 120 Zeitungen und Zeitschriften publiziert⁶ – wesentlich mehr als jede andere Partei oder Bewegung des Landes. Auf nationaler Ebene stehen der KPRF zwei Blöcke von Tageszeitungen nahe: die nationalpatriotisch orientierte Sowjetskaja Rossija mit einer Auflage von rund 285.000 Exemplaren und die linksgerichteten drei Prawda-Versionen mit insgesamt etwa 227.000 Exemplaren. Die Aufsplitterung des von Lenin gegründeten KPdSU-Zentralorgans hat die Schlagkraft des KP-nahen Pressewesens allerdings geschwächt. Die Stamm-Prawda unter Chefredakteur Iljin mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren und dem KPRF-Mitteilungsblatt Prawda Rossii als Einlage liegt voll auf Parteilinie. Die Prawda-5 mit einer Auflage von 192.000 Exemplaren steht weitgehend loyal zur KP, sie gehört dem griechischen Unternehmer Jannikos. Als drittes Blatt wurde im Herbst 1997 unter der Chefredaktion von Linnik eine konkurrierende Prawda mit einer Startauflage von 20.000 Exemplaren gegründet. Stil und Finanzierung des Blattes sind unklar, Gerüchte nennen die mächtige Oneximbank als Eigentümerin.⁷

Organisationsdichte und soziale Verankerung weisen die KP als eine im neuen russischen Parteienspektrum durchaus untypische Formation aus – paradoxerweise ist sie damit im west-

⁵ "Levaja volna...", a.a.O., S. 18.

⁶ Interview Zjuganovs mit der (noch vereinten) Pravda, 24.10.1995. Andere Angaben sprechen sogar von 250 regionalen Publikationen der KPRF, vgl. P. Bonnamour, Main basse sur les médias russes, in: Le Monde diplomatique (Paris), Nr. 1/1998, S. 9.

⁷ Die Angaben zu den Pravda-Versionen nach S. Il'ina/K. Popov, Zaregistrirovany srazu tri "Pravdy", in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 12.9.1997.

lichen Verständnis unter formal-organisatorischen Aspekten überhaupt die einzige wirkliche Partei des Landes. Das Paradox löst sich dann auf, wenn man sich vor Augen hält: Organisationsdichte und Organisationskraft der KPRF haben ihre Ursache vor allem in der Übernahme der verbliebenen KPdSU-Strukturen und sind nicht etwa das Ergebnis frischer Impulse aus dem Schoße der sich wandelnden Gesellschaft. Die Stärke der KPRF – die Verankerung in den alten Parteistrukturen – ist somit auf längere Sicht zugleich ihr größtes Problem.

Immerhin haben Organisationskraft und flächendeckende Präsenz der KPRF mit ihrer beachtlichen Fähigkeit zur Basismobilisierung ganz wesentlich zu den Wahlerfolgen der Partei beigetragen.⁸ So ging sie aus den Wahlen zu Staatsduma vom Dezember 1995 mit 22,4 Prozent der Stimmen (gleich 99 von 225 Mandaten) für die Parteiliste und 59 (von gleichfalls 225) Direktmandaten als klare Siegerin hervor. Als einzige Partei in allen Landesteilen signifikant präsent, zählt sie im Parlament 35 Prozent und gemeinsam mit Abgeordneten anderer linksorientierter Richtungen sogar 40 Prozent der Mandate. In dem westsibirischen Kohlebecken Kusbass erzielte die KP nahezu 50 Prozent und noch immer über 30 Prozent in dem "roten Gürtel", der sich westlich und südlich von Moskau über die Gebiete Smolensk, Brjansk, Kursk, Orjol, Belgorod, Woronesh, Tombow bis zur Republik Mordwinien hinzieht. Insgesamt belegte die KPRF in 70 der 89 Subjekte der Föderation auf den Parteilisten den ersten Platz, in weiteren 13 landete sie an zweiter Stelle. Auf die breite Streuung der KPRF verweist auch der Umstand, daß nur jeder vierte Duma-Abgeordnete der Partei aus Moskau stammt (Shirinowskijs LDPR: 48 Prozent, Jawlinskijs Jabloko: 41 Prozent).

Bestätigt wurde dieses Ergebnis – auch in seinen regionalen Schwerpunkten – in den Präsidentschaftswahlen von Juni/Juli 1996. Hier fielen im ersten Wahlgang bei insgesamt 10 Kandidaten 32 Prozent auf Sjuganow, in der Stichwahl erhielt er 40,3 Prozent (für Jelzin stimmten 53,8 Prozent). Schließlich fühlten sich die Kommunisten auch nach der Wahl der Verwaltungschefs ("Gouverneure") von Herbst 1996 bis Frühjahr 1997 in 52 Gebietseinheiten als Gewinner: 15 der neu gewählten Gouverneure (gleich 28,8 Prozent) wurden von der KPRF bzw. von dem KP-dominierten Sammelbecken Volkspatriotische Union unterstützt, womit die Linkspatrioten nach Repräsentanten der "Partei der Macht" die zweitgrößte Gruppe unter den Chefs der Gebiete stellen.⁹ Unter den Vorsitzenden der regionalen Legislativen ist sie sogar mit 36,4 Prozent vertreten. Jetzt gelte es, die gewachsene Stärke der KPRF in den Regionen tatsächlich als "Anti-Macht" zu nutzen, hieß es – etwa in einer gegen das Jelzin-Regime gerichteten engeren Kooperation der von KP-Gouverneuren regierten roten Regionen.

Auf den ersten Blick wirken die genannten Strukturdaten der KPRF tatsächlich eindrucksvoll und scheinen für sie Chancen für eine Rückkehr an die Macht zu signalisieren. Dies ist insofern erstaunlich, als die nach dem Putsch vom August 1991 zunächst verbotene und diskreditierte KP naturgemäß große Organisations- und Orientierungsprobleme hatte. Bei näherem

⁸ Zu den Ergebnissen im einzelnen vgl. E. Schneider, Staatsdumawahl 1995 und Präsidentschaftswahl 1996 in Rußland, in: Bundesinstitut (Hrsg.), Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, München/Wien 1997, S. 50-70.

⁹ Hierzu E. Schneider, Föderalismus in Rußland: Kompetenzabgrenzungsverträge und Gouverneurswahlen, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 21/1997, S. 20ff.

Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Aussichten eher gering einzuschätzen sind, falls sich die Partei in Programm, Stil und sozialer Komposition nicht grundlegend wandelt. Dafür aber gibt es, wie die Ergebnisse ihres IV. Parteitags vom April 1997 demonstrieren, vorerst wenig Anzeichen. Im folgenden seien in gedrängter Form einige Kernprobleme genannt, die der KPRF im Hinblick auf Struktur und Verankerung zukünftig verstärkt zu schaffen machen werden:

- Die Mitgliedschaft stagniert seit Jahren, wobei insbesondere über das Fernbleiben der jüngeren Generation geklagt wird. Organisationschef Kupzow, der Erste Stellvertretende Vorsitzende der KP, begründete die Stagnation mit dem fragwürdigen Argument, man wolle nur Menschen mit festen Überzeugungen in die Parteireihen aufnehmen, um nicht wie die KPdSU von Karrieristen oder "von Anarchisten bis hin zu Monarchisten" überschwemmt zu werden.¹⁰ Der wahre Grund für die Flaute dürfte jedoch darin liegen, daß die reformträgere KP wenig attraktiv ist für Angehörige der neuen sozialen Schichten und Bewohner der reformfreudigen urbanen Zentren. Nicht zufällig bildet sie in Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg unter den Wählern mit Zahlen um 10 Prozent eine kleine Minderheit. Bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma vom Dezember 1997 konnte die Partei keinen einzigen ihrer Kandidaten durchbringen. Problematisch ist auch, daß unter den Mitgliedern und Wählern der KPRF die ältere Generation dominiert: 49 Prozent ihrer Wähler sind über 55 Jahre alt (Jabloko Jawlinskijs: 25 Prozent), 32 Prozent zwischen 40 und 54 Jahren (Jabloko: 28 Prozent), 14 Prozent zwischen 25 und 39 Jahren (Jabloko: 33 Prozent) und nur 5 Prozent zwischen 18 und 25 Jahren (Jabloko: 15 Prozent). Trotz großer Anstrengungen blieb die KP-Vertrauensarbeit unter der Jugend bislang weitgehend erfolglos. In dieses Bild paßt, daß die KPRF-Dumafraktion mit 52 Jahren nach Ryschkows "Volksmacht"-Bewegung das höchste Durchschnittsalter aufweist.
- Problematisch für die KPRF ist der Umstand, daß die als "Klassenpartei" definierte Formation nach Auskunft ihrer Führung den Kontakt auch zur Arbeiterklasse weitgehend verloren hat. Die Ursache hierfür liegt nach Angaben der KPRF-Spitze darin, daß die in traditionellem KP-Verständnis führende Klasse nach Abschwung und Zusammenbruch großer Industriebereiche desorientiert und passiviert ist, so daß von einer organisierten Arbeiterklasse gegenwärtig überhaupt nicht geredet werden könne.¹¹ Damit aber sind zugleich die Chancen der KPRF zu außerparlamentarischer Massenmobilisierung begrenzt, die aus kommunistischer Sicht traditionell unabdingbar ist, um parlamentarischen Initiativen der Kommunisten von außen die nötige Schubkraft zu verleihen. Exemplarisch für die mangelnde Verbindung der KPRF zur Arbeiterschaft sind die Mißerfolge des "nationalen Protesttags" vom März 1997, an dem sich statt der erwarteten 20 Mio. Menschen nur rund 2 bis 3 Mio. beteiligten, sowie des nationalen Streiktags vom Herbst 1997 mit ähnlich enttäuschender Beteiligung. Tatsächlich bildeten den Kern der Demonstranten Kupzow zufolge nicht die Arbeiterklasse, sondern Staatsangestellte mittleren Ranges sowie Vertreter aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen.
- Die geringe soziale Mobilisierungsfähigkeit der KPRF für ihre politischen Ziele verweist auf eine weitere Schwäche der Partei: Die früheren organischen Verbindungen zu flankierenden gesellschaftlichen Organisationen sind gerissen (und konnten durch Beziehungen

¹⁰ Kupzow auf einem Treffen mit den auswärtigen Gästen anlässlich des IV. Parteitags.

¹¹ Ebenda. Vgl. auch Barth Urban, 188f.

etwa zu General Rochlins restaurativ-imperialer Militärreform-Organisation und durch Anbiederung bei der Orthodoxen Kirche nicht wettgemacht werden). Die Schwäche wird besonders deutlich an dem komplizierten Verhältnis der KPRF zu den früheren Staatsgewerkschaften, dem mit formal insgesamt 45 Mio. Mitgliedern noch immer weitaus stärksten Berufsverband des Landes.¹² Zum einen ist die aufs Überleben bedachte Gewerkschaftsbürokratie weitgehend in das System eingebunden; sie möchte die Vorteile als vorrangige Gesprächspartnerin der Regierung (im Verhältnis zu den neugebildeten Gewerkschaften) und als Besitzerin sozialer Privilegien (Gewerkschaftshäuser, Ferienheime etc.) nicht durch Anschluß an den regierungsfeindlichen politischen Aktionismus der Kommunisten aufs Spiel setzen. Das fällt ihr umso leichter, als die Regierung sozialen Unruhen in bestimmten Regionen oft durch gezielte Zuwendungen die Spitze nimmt.

Zum andern hat die Gewerkschaftsführung mit der Erwartung ihrer Mitglieder zu rechnen, durch günstige Kollektivverträge die soziale Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern und sich nicht in parteipolitische Spiele der Parteien einbinden zu lassen. Die generelle Aversion der Gewerkschaften gegen parteipolitische Engagements hat im Verhältnis zur KPRF einen besonderen Akzent: Ganz offenbar sind jene Zeiten noch in naher Erinnerung, in denen der KPdSU-Apparat die Wirtschaft beherrschte und die Gewerkschaften als zuverlässiger Arm der Partei sowie als "Schulen des Kommunismus" die KP-Linie vor Ort umzusetzen hatten. Noch scheint das Mißtrauen in der Arbeiterschaft groß, daß die KPRF entgegen systemkritischer Rhetorik nach einer möglichen Übernahme der Regierungsgeschäfte erneut umfangreiche Verstaatlichungen vornimmt und damit dem KP-bestimmten und staatlich vermittelten System der Arbeitsbeziehungen aus der kommunistischen Periode erneut Geltung verschafft.

- Als problematisch erweist sich die Vorstellung, die gewachsene Stärke der KPRF in den Regionen – insbesondere in Gestalt der "roten Gouverneure" – zu bündeln und als Gegenmacht gegen das Jelzin-Regime in Stellung zu bringen.¹³ Zum einen sind die Gouverneure vorrangig am Wohl ihrer Regionen interessiert: Hieraus beziehen sie Legitimation und Konsens, nicht aber aus der skrupulösen Befolgung der jeweiligen politischen Linie der KP-Führung im Moskauer Zentrum. Zum andern sind die Kommunisten gerade in jenen Regionen stark, die von den Umbrüchen wirtschaftlich besonders hart betroffen sind. Das aber heißt: Die der KPRF nahestehenden Gouverneure sind auf ein gutes Verhältnis und enge Zusammenarbeit mit der Regierung in Moskau angewiesen, damit ihre Region auch weiterhin in den Genuß von Subventionen, Privilegien und Projektförderungen kommt. Bezeichnenderweise konzentrieren sich die Gouverneure und ihre Stäbe während der Sitzungsperioden des Föderationsrats (einer Art Länderkammer) in Moskau weniger auf die Parlamentspflichten als auf die Lobbyarbeit in den Korridoren der Staatsmacht.

So hat die KPRF bei den Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen 1995/96 zwar hervorragend abgeschnitten – gemeinsam mit ihren Partnern kam sie auf jeweils rund 40 Prozent der Stimmen. Dazu hat ganz gewiß das volkspatriotische Bündnis verschiedener imperial-

¹² Vgl. P.T. Christensen, Why Russia lacks a Labor Movement, in: Transitions (Prag), Nr. 7/1997, S. 44-51; sowie zur Situation der Gewerkschaften allgemein F. Hoffer, Reform der sowjetischen Gewerkschaften. Ein schwerer, aber nicht hoffnungsloser Fall, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 1/1998.

¹³ Siehe hierzu V. Ostrovskij, Kommunisty prišli k vlasti. S delovym predloženiem, in: Kommersant (Moskau), Nr. 48/1996, S. 18f., sowie L. Cukanova, Vožd' – Tverdaja ruka, in: Novoe Vremja (Moskau), Nr. 1/1998, S. 10.

populistischer Formationen beigetragen, dem neben der dominierenden KP die Agrarpartei Lapschins die "Volksmacht"-Gruppierung Ryschkows, die "Großmacht"-Bewegung Ruzkojs und eine Reihe weiterer Organisationen beitraten. Im August 1996 wurde die lockere Allianz in die "Volkspatriotische Union" überführt, um dem Bündnis größere Konsistenz zu verleihen; den Vorsitz übernahm der KPRF-Vorsitzende Sjuganow, Chef des Exekutivkomitees wurde der frühere sowjetische Ministerpräsident Ryschkow.¹⁴ Alle Anstrengungen um eine Erweiterung der Basis können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die KPRF und ihre Verbündeten mit 40 Prozent an eine Grenze gestoßen sind und ihr Potential voll ausgeschöpft haben. Aufgrund der erwähnten ungünstigen Strukturdaten (starke Überalterung, Überwiegen sozialer Absteiger, Überrepräsentanz gerade in den wirtschaftlich schwächeren Zonen) ist sogar damit zu rechnen, daß ihr Potential schrumpfen wird und ihre Chancen auf eine Übernahme der Führung des Landes damit zukünftig eher sinken.

Vor diesem Hintergrund hatte es im Vorfeld des IV. KPRF-Parteitags vom April 1997 bemerkenswerte Ansätze zu einer umfassenden Programmrevision gegeben. Wenn die Partei die Macht im Staat übernehmen wolle, so müsse sie in breitem Diskurs mit der Bevölkerung die "intellektuelle Führung in der Gesellschaft" erobern – so in Anlehnung an das strategische Konzept Gramscis die Schlußfolgerung Kupzows aus der Niederlage Sjuganows bei den Präsidentschaftswahlen. Dabei hatte er eine Diskussion über folgende Fragen angeregt: "Wie soll eine Gesellschaft aussehen, die unsere Partei dem Volk vorschlägt? Wie muß das Programm einer modernen Partei sozialistischer Orientierung beschaffen sein? Auf welche Weise kann die an die Regierung gelangte Partei die Interessen jener Mehrheit der Bevölkerung des Landes schützen, die für sie votiert hat? Wen betrachtet die KPRF als ihre Verbündeten und Weggefährten? Wie will die KPRF die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger garantieren?"¹⁵

Tatsächlich unternahm die KPRF auf dem Parteitag jedoch keinerlei Versuch, auch nur eines dieser zentralen Probleme vertiefend zu diskutieren. Statt dessen wurde beschlossen, die Programmerneruerung auf den kommenden Parteitag (oder eine spezielle Parteikonferenz) zu verschieben. Dieses Hinauszögern verweist auf die ideologische Heterogenität der KPRF und die – wohl berechtigte – Furcht ihrer Führung, die Herausarbeitung eines klaren programmatischen Profils könnte in der amorphen Partei, in der "Fundamentalisten und 'Erneuerer', National-Patrioten und Internationalisten, Atheisten und Orthodoxe koexistieren"¹⁶, wie ein Sprengsatz wirken. Wie sehen die programmatischen Grundlinien der KPRF aus, und welchen Einfluß haben darauf die verschiedenen innerparteilichen Strömungen?

¹⁴ Siehe A. Fedorov, *Zavtra v Moskve otkryvaetsja s"ezd narodno-patriotičeskogo sojuza Rossii*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 6.8.1996. Die KP nennt als kollektive Mitglieder der Volkspatriotischen Union insgesamt 200 Organisationen; darunter stehen viele jedoch nur auf dem Papier oder führen ein Dasein als winzige Politsekten.

¹⁵ *Itoži vyborov, ich uroki i zadači partii*, in: *Dialog* (Moskau), Nr. 10/1996, S. 33-41, hier S. 40.

¹⁶ "Levaja volna...", a.a.O., S. 18.

III. Ideologie und Parteiströmungen

Bei Licht besehen entzieht sich die KPRF jedem im Westen geläufigen Recht-Links-Schema. Legt man statt dessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsfixierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die Partei eindeutig dem zuerst genannten Parteientyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen imperial-patriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung marxistisch-leninistischen, sowjetkommunistischen Gedankenguts. Herausgekommen ist dabei eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie koppelt herkömmlichen Marxismus-Leninismus mit Demokratie und Pluralismus; dialektischen Materialismus mit russisch-orthodox-religiösen Werten; starke und zentrale Staatsmacht mit Selbstverwaltungskonzepten; tiefgreifenden wirtschaftlichen Staat-sinterventionismus mit Elementen der Marktwirtschaft; Inflationsbekämpfung mit breiter Subventionsstreuung; ökologisch ausgerichtete nachhaltige Entwicklung mit unbegrenztem Wachstum und Produktivismus; traditionellen Internationalismus mit unverhülltem großrussischem Imperialismus.¹⁷ Dabei lassen sich in der KPRF bei vielen Querverbindungen und Überschneidungen drei innerparteiliche Grundströmungen ausmachen, die in unterschiedlicher Stärke jeweils Teile der Programm-Versatzstücke repräsentieren:

- Den größten Einfluß haben die *Nationalpatrioten* unter ihrem unangefochtenen Repräsentanten Sjuganow. Geboren und aufgewachsen im Gebiet Orjol, befaßte sich der Dozent des lokalen Pädagogischen Instituts mit der Parteiarbeit vor Ort und seit 1983 im ZK der KPdSU schwerpunktmäßig mit ideologischen Fragen, war 1990 in führender Position an der Gründung der Perestrojka-kritischen KP der RSFSR beteiligt und Co-Autor des nationalistischen Manifests "Ein Wort an das Volk" vom Juli 1991, das den August-Putsch ideologisch mit vorbereitete. Während des Verbots der KP besetzte Sjuganow zunächst Spitzenfunktionen in verschiedenen nationalpatriotischen Organisationen, bevor er im Februar 1993 auf dem Gründungskongreß der KPRF die Führung der Partei übernahm. Indem die Vertreter dieser Strömung auf die Restauration der Größe des Landes auf der Grundlage traditionell-russischer Werte setzen, den spezifischen Charakter Rußlands gegenüber der westlichen Zivilisation hervorheben und das marxistische Erbe in den Hintergrund drängen, konvergieren sie programmatisch mit den übrigen nationalpatriotischen Gruppierungen (mit Ausnahme der als unseriös eingeschätzten Shirinowskij-Partei). Folgerichtig gibt es in dieser Strömung Bestrebungen, die KPRF mit ihren Partnern der Volkspatriotischen Union zu einer Partei rechtszentristischen Typs zu verschmelzen. Solche Bestrebungen wurden auf dem IV. Parteitag von den beiden anderen Strömungen freilich bekämpft und abgewehrt.
- Schwer einzuschätzen sind Stärke und Einfluß der zweiten Strömung, die man als *marxistische Erneuerer* bezeichnen könnte. Inspiriert und gelenkt wird sie von Vize-Parteichef Kupzow (Jg. 1937), der in seiner Heimat Wologda als Metallarbeiter begann und im regionalen Parteiapparat Karriere machte. 1989 wurde er zum Abteilungsleiter des ZK der KPdSU berufen und befaßte sich dort mit der Verbindung zu den Massenorganisationen,

¹⁷ Zur kritischen Einschätzung der KPRF-Programmatik vgl. "Levaja volna...", a.a.O., S. 14f., sowie die ausführliche Debatte russischer Spezialisten: Russkij Tupik?, in: Nezavisimaja gazeta, 21.11.1996.

seit April 1990 als ZK-Sekretär. Am 6. August 1991 zum Vorsitzenden der KP der RSFSR gewählt, hielt er sich nach dem Putsch aus dem Gründungsboom nationalistischer Organisationen heraus und widmete sich statt dessen intensiv dem Wiederaufbau der KP. Im Februar 1993 wählte ihn der Gründungsparteitag der KPRF in seine heutige Funktion. Diese Strömung hält am sozialistischen Erbe Marxscher und Leninscher Prägung fest und sieht die nationalpatriotischen Eskapaden des Sjuganow-Flügels mit Skepsis. Offenbar schwebt ihr vor, für die KPRF im russischen Parteienspektrum das linke Feld zu besetzen. Zu dieser Strömung sind auch Staatsduma-Sprecher Selesnjow, ein gelernter Parteijournalist, sowie aus der jüngeren Generation der Stellvertretende Parteivorsitzende Melnikow zu zählen. Melnikow (Jg. 1950) stammt aus dem Gebiet Tula, lehrte Mathematik an der Moskauer Staatsuniversität und fungierte dort von 1988 bis 1991 als Erster Sekretär der KPdSU-Organisation. Auf dem 28. Kongreß der KPdSU von 1990 in das ZK und kurz darauf zu einem seiner Sekretäre gewählt, trat er 1992 vor dem Verfassungsgericht als einer ihrer Advokaten auf. Im Juni 1995 wurde Melnikow in das Präsidium der KPRF und wenig später zu ihrem Internationalen Sekretär gewählt. Als dritter Mann in der Führungsgarnitur ist Melnikow Vertreter einer eher pragmatischen Linie, die das Engagement für soziale Gerechtigkeit mit professionellem Handeln verbindet und dabei über die Grenzen Rußlands hinaus nach Europa blickt. Ein Indiz hierfür ist der Umstand, daß Melnikow über den Vorsitz des Staatsdumakomitees für Wissenschaft und Bildung hinaus eine analoge Funktion auch im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats übernahm.

- Die kleinste Strömung in der KPRF bilden mit einem Anteil von 10 bis 15 Prozent die *stalinistischen Nostalgiker*, zu denen auch einige der Putschisten von 1991 und 1993 zählen. Diese Strömung übt als solche nur geringen Einfluß auf Programmatik und Politik der Partei aus, profitiert aber von dem Druck, den stalinistische Formationen *von außen* auf die KPRF-Führung ausüben, um sie zur Liquidierung nationalistischer bzw. linksreformerischer Programmatik zu zwingen und sie auf das traditionelle Konzept des Marxismus-Leninismus festzulegen. Als gefährlichste Kritikerin der KPRF profiliert sich dabei die Russische Kommunistische Arbeiterpartei Tjulkins: Immerhin zählt sie rund 50.000 Mitglieder und verfehlte im Block mit der Bewegung Arbeitendes Rußland unter Anpilow, einem erprobten Organisator Moskauer Massendemonstrationen mit gelegentlich gewaltsamem Charakter, mit 4,5 Prozent der Stimmen 1995 nur knapp den Einzug in die Staatsduma.

Angesichts dieser ideologisch-programmatischen Divergenzen ist die KPRF keineswegs so kompakt, wie die einmütige Bestätigung Sjuganows im Parteivorsitz, die nahezu geschlossene Zustimmung zu seinem Rechenschaftsbericht des ZK sowie die überwiegend einstimmige Verabschiedung diverser Resolutionen¹⁸ auf dem bereits mehrfach erwähnten IV. Parteitag vom April 1997 suggerieren. Einen plastischen Eindruck von der potentiellen Sprengkraft innerparteilicher Gegensätze boten die kontrastreichen Diskussionsbeiträge einer Reihe von Delegierten, wobei sich die Kontroversen im Kern auf folgende Aspekte bezogen:¹⁹ Verhältnis von Sozialismus modifiziert sowjetischen Typs einerseits und Volkspatriotismus russischer Prägung andererseits; Fundamentalkritik oder konstruktive Opposition gegenüber Sys-

¹⁸ Die Dokumente und Resolutionen des Parteitags sind abgedruckt in: *Kommunist* (Moskau), Nr. 3/1997, S. 105-126.

¹⁹ Die Diskussionsbeiträge finden sich in: *Kommunist*, Nr. 3/997, S. 45-105, und Nr. 4/1997, S. 4-37.

tem und Regierung; Öffnung der Partei gegenüber neuen sozialen Schichten oder verstärkte Mobilisierung traditioneller Wählergruppen. Die wichtigsten Positionen von links lauteten dabei: Vorbereitung eines Massenstreiks, Nationalisierung der Banken, Neuauflage der Leninschen Aprilthesen (Parteiorganisation Moskau); Massenaktionen durchführen und der KP Vorrang vor der Volkspatriotischen Union geben (Kursk); Leninismus statt Staatspatriotismus als Leitlinie der Partei (Twer). Andererseits wurden jedoch auch praktische Forderungen erhoben, in denen sich das Bestreben manifestierte, die KP als seriöse, pragmatisch handelnde potentielle Regierungspartei zu profilieren. Im Vordergrund standen dabei: Ausarbeitung eines praxisnahen Wirtschaftsprogramms – die bisherige Wirtschaftskommission habe versagt (Chabarowsk); Ausbau des KP-Medienwesens als Gegengewicht zur Medienmacht des Jelzin-Regimes (mehrere Ortsverbände); Professionalisierung von KP-Spezialisten für die Übernahme von Regierungsfunktionen (Wolgograd); Bereitstellung praxisbezogener soziologischer Analysen anstelle der abstrakt-theoretischen Werke Sjuganows.

So hinterließ der KPRF-Parteitag – als konzentrierter Ausdruck innerparteilicher Programmatik und Kräfteverhältnisse – zwar insofern einen positiven Eindruck, als zentrale Themen offen und kontrovers diskutiert wurden – bis hin zu der Frage, ob Sjuganow angesichts seiner stark russisch-patriotischen Prägung und seines wenig radikalen, auf Arrangement mit der Regierung bedachten Stils überhaupt der geeignete Vorsitzende sei. In dieser Diskussionsbereitschaft unterscheidet sich die KPRF deutlich von ihrer Vorgängerin KPdSU, denn unter deren Regie hatten sich die Delegierten im wesentlichen darauf zu beschränken, die Linie der jeweiligen Führung zu preisen und die Errungenschaften der eigenen Region hervorzuheben.

Inhaltlich jedoch hat der Kongreß wenig bewegt: Die Parteiführung setzte sich mit ihrer Strategie durch, notwendige Innovationen in Ideologie, Programm und sozialer Komposition auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und in dem oft widersprüchlichen Programmangebot den kleinsten gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten. Damit gelingt ihr zwar das erstaunliche Kunststück, die in der KPRF versammelten Strömungen unterschiedlicher Wertorientierungen, Interessen und sozialer Herkunft zusammenzuhalten. Von unschätzbarem Wert ist dabei die Bindekraft der Person Lenins. Paradoxerweise ist Lenin für die KPRF Sjuganows heute gerade aufgrund seiner opportunistischen Schwenks, seiner programmatischen Prinzipienlosigkeit als Referenz so wertvoll. Wäre er ein Prinzipienreiter gewesen, so würde die Berufung auf ihn die in sich äußerst heterogene KPRF heute eher sprengen. Als Vater so unterschiedlicher Ereignisse wie der Oktoberrevolution, des linkradikalen Kriegskommunismus, der evolutionär-reformistischen Neuen Ökonomischen Politik sowie als Restaurator des russischen Einheitsstaats und "Sammler der russischen Erde" nach dem Ersten Weltkrieg bietet sich Lenin als unbestrittene Autorität und Bezugspunkt für das breite Spektrum der in der KPRF vorhandenen Ansichten an.

Zugleich hat diese Strategie des niedrigen, diffusen Profils jedoch auch ihren Preis: Sie führt zu Selbstblockade und Reformträgheit der KPRF, so daß die Partei keine überzeugende Alternative zur Jelzin-Regierung darstellt und – wie zuvor analysiert – wenig Chancen hat, diese aus der Opposition heraus zu überwinden. Tatsächlich läuft die Strategie der Parteiführung deutlich erkennbar darauf hinaus, möglichst starke Präsenz in Parlamenten und Exekutivor-

ganen aller Ebenen zu zeigen sowie auf die Konstituierung solcher in der Verfassung nicht vorgesehener Konsultationsmechanismen zu dringen, in denen Spitzenvertreter von Exekutive, Legislative und Parteien/gesellschaftlichen Organisationen wichtige politische Entscheidungen der Regierung gleichsam vorstrukturieren. Ziel dieser – weiter unten detaillierter zu analysierenden – Generallinie evolutionär-reformistischer Prägung ist es, die Voraussetzungen für eine schrittweise Beteiligung der KPRF an der Macht zu verbessern und diese – zusätzlich gestützt auf die Mobilisierung außerparlamentarischen politischen und sozialen Protests – auf verfassungsmäßigem Wege gleichsam von innen her zu erobern. Einige Beobachter vertreten sogar die Ansicht, die KP habe Angst gehabt vor einem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1996, da die Kommunisten dann die Führung des Landes hätten übernehmen müssen. Damals "schienen sich die Kommunistische Partei und ihr Kandidat Sjuganow nicht nur mit der Niederlage abgefunden zu haben, sondern auch froh darüber zu sein, sich in der Opposition zu befinden".²⁰

Aktivste Vorkämpferin einer solchen Strategie ist die nationalpatriotische Mehrheitsströmung um Sjuganow: Der Vorrang für die Staatsorientierung und für die Restauration von Größe und Würde Rußlands auf der Grundlage der spezifischen Werte des Landes schaffen günstige Voraussetzungen eines Einvernehmens zumindest mit den zentristischen Kreisen der Regierung – bessere jedenfalls als die Priorität für den Klassenkampf gegen die Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie, den die stalinistischen Nostalgiker und in gemäßigter Form auch die marxistischen Erneuerer auf ihre Fahnen geschrieben haben. Folgerichtig sind Bezüge auf Marxismus-Leninismus und Klassenkampf aus den Wahlprogrammen der KPRF fast völlig verschwunden (während das Grundsatzprogramm von Januar 1995 noch den Kommunismus als "historische Zukunft der Menschheit" bezeichnet²¹). In den Vordergrund rückte statt dessen die "russische Idee", die sich für die KPRF weitgehend mit der sozialistischen Idee deckt.

Die "russische Idee" beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt. Dieser unterscheidet sich ganz wesentlich von dem Modell der liberalen Demokratien westlichen Typs – "russische Geistigkeit" steht gegen "westlichen Materialismus". Ähnlich wie in der deutschen Tradition des "Sonderwegs" wird dem negativen Begriff der "Gesellschaft" der positiv besetzte Begriff "Gemeinschaft" entgegengestellt. Nicht liberal-individualistische Werte sind es, die die Mentalität des russischen Volkes prägen, sondern historisch gewachsene eigene Werte, die mit Begriffen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution umschrieben werden: narodnost' (Volksverbundenheit), obščnost' (Gemeinschaftlichkeit), duchovnost' (Geistigkeit) und deržavnost' (Reichsdenken). In diesem Licht erscheint der Kollektivismus sowjetsozialistischen Typs als zeitgemäße Variante traditioneller russischer Werte. In den Vorstellungen der KPRF-Mehrheitsströmung schafft die Besinnung auf die vorrevolutionären Werte, gepaart und angereichert mit sozialistischen Werten sowjetkommunistischen Typs, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des zent-

²⁰ N. Bachkatov, 80e Anniversaire de la Révolution d'Octobre: Signification d'un non-event, in: Transitions (Brüssel), Nr. 1-2/1997, S. 335-341, hier S. 337f.

²¹ Abgedruckt in Pravda (Moskau), 31.1.1995.

ralen Ziels der Partei: der Wiedererrichtung einer starken, in der organischen Gemeinschaft verankerten Staatsmacht in Rußland. Von einem Absterben des Staates, wie es Marx, Engels und auch noch Lenin als konkrete Utopie vorschwebte, ist in den KPRF-Dokumenten konsequenterweise keine Rede mehr.

Akzentuiert werden die Vorstellungen der KPRF zur Rolle des Staates und zum russischen Sonderweg durch ihre Einschätzung des Westens und dessen Verhältnis zu Rußland. Danach braucht Rußland nicht zuletzt deshalb auch in Zukunft einen starken Staat mit einer "starken Armee, wirksamen Sonderdiensten, zuverlässigen Rechtsschutzorganen... und einem System patriotischer Erziehung der Jugend", um das Land zuverlässig gegen angeblich weiterwirkende feindliche Bestrebungen des Westens zu schützen.²² Hierzu zählen nicht nur Maßnahmen zur geistigen Kolonisierung und materiellen Ausplünderung Rußlands durch den Westen, sondern auch Aktivitäten mit dem Ziel, unter dem Deckmantel von Partnerschaft seine internationalen Machtpositionen auf Kosten Rußlands zu erweitern und das Land womöglich sogar zu zerstückeln.

Aus dieser Sicht wird die spezifische Aufarbeitung der Vergangenheit durch die KPRF verständlich – der Umstand nämlich, daß unter den bolschewistischen Führern neben Lenin (vor allem als Restaurator der staatlichen Einheit Rußlands) besonders Stalin herausgehoben wird.²³ Zwar werden dabei in ambivalenten Formeln Stalins Repressionen verurteilt, doch wiegt dies in den Augen der KPRF-Führung gering gegenüber dem Verdienst des Diktators, die Sowjetunion in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und den weltrevolutionären, Rußlands Kräfte auszehrenden Internationalismus zum etatistisch-imperial normierten Sowjetpatriotismus umgeformt zu haben. Tatsächlich ging es fortan vorrangig um Stärkung und Modernisierung des Vaterlandes und weniger um die für den einfachen Sowjetmenschen reichlich abstrakte internationale revolutionäre Mission der Kommunisten.

Die Heraushebung Stalins wirkt um so nachdrücklicher, als andere KP-Führer in den Augen der KPRF-Spitze wenig Gnade finden.²⁴ Trotzki wird die Absicht vorgehalten, Rußland in nationalem Nihilismus über die Weltrevolution in der internationalen Staatengemeinschaft aufgehen zu lassen; Chruschtschow hat die fatale Losung von "Einholen und Überholen" des Westens ausgegeben und damit einem "unkritischen Kopieren eines früheren Modells der westlichen Gesellschaft auf dem Gebiet von Produktion und Verbrauch" Vorschub geleistet (der 20. KPdSU-Parteitag von 1956 mit seiner scharfen Kritik an Stalin wird verschwiegen); unter Breshnew haben die moralische Zersetzung der Partei, der Verfall der Wirtschaft sowie jene Prozesse eingesetzt, die den wissenschaftlich-technischen Abstand zum Westen immer größer werden ließen. Gorbatschow schließlich hat mit seiner kleinen Verrätergruppe den Staat Sowjetunion überhaupt zugrunde gerichtet und das Land damit gegenüber dem Westen ideologisch-politisch wehrlos gemacht. So erfährt die Kritik der KPRF-Führung an der

²² Hierzu beispielhaft Zjuganov, Uroki istorii i sovremennost', in: Nezavisimaja gazeta, 4.11.1997.

²³ Vgl. zu diesem Punkt die Oktober-Thesen Zjuganovs, a.a.O., sowie A. Ignatow, Vergangenheitsaufarbeitung in der Russischen Föderation, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 42/1997.

²⁴ Siehe hierzu im einzelnen das KPRF-Programm von 1995, den ZK-Bericht Zjuganovs an den IV. Parteitag sowie die Oktoberthesen Zjuganovs.

KPdSU von Stalin über Chruschtschow und Breshnew bis zu Gorbatschow eine Steigerung und nicht etwa eine Abschwächung, wie man erwarten sollte. Zentrale Ursache hierfür ist gerade die von Stalin vorangetriebene Schaffung eines starken Staates als Bollwerk gegen westliche Einflußnahme und Diversion.

Sjuganow geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er im Verhältnis zum Westen nicht nur Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorhebt, sondern darüber hinaus explizit mit den Thesen Huntingtons vom "Zusammenstoß der Zivilisationen" als Hauptwiderspruch der zukünftigen Epoche sympathisiert.²⁵ Zwar könnten diese Widersprüche unter bestimmten Bedingungen auf nichtkonfrontative Art und Weise überwunden werden, betont Sjuganow, fährt dann aber fort: "Indes muß man über seine (Huntingtons, H.T.) Prognose nachdenken. Denn wenn sich die Ereignisse global und regional entsprechend dem schlimmsten Szenario entwickeln, könnten viele seiner Vorhersagen leider unausweichliche Wirklichkeit werden."²⁶ Gewiß gab es aus den Reihen der Partei heftige Kritik an dieser radikalen Umwertung zentraler Doktrinen des Sozialismus sowjetkommunistischen Typs, in deren Gefolge "die Klassifizierung der Staaten nach ihren ideologischen (Kommunismus-Kapitalismus), politischen (Demokratie-Totalitarismus) und ökonomischen Merkmalen (freier Markt – Staatsregulierung) ihre praktische Effektivität einbüßte" zugunsten "kulturhistorischer und national-konfessioneller Unterschiede".²⁷ Die Tatsache jedoch, daß der KP-Chef in einem seiner vielen populärwissenschaftlich-agitatorischen Bücher offene Sympathien für die höchst umstrittenen Thesen des konservativen und scharf antikommunistischen US-Professors Huntington zeigen und in großer Auflage publizieren kann, unterstreicht den ideologischen Wandel der Partei marxistisch-leninistischen Typs hin zu einer Partei nationalpatriotischen Typs.

IV. Die KPRF als systemintegrierte Partei

Ein großes Problem besteht für die KPRF darin, daß Wort und Tat bei ihr oft weit auseinanderklaffen. So charakterisiert sie sich selbst als "unversöhnliche Opposition", übt sich in systemkritischer Rhetorik und stellt ihre Politik in den Dienst eines "nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes" zum Sturz des Jelzin-Regimes, handelt es sich hierbei doch laut Sjuganow um eine "kriminelle Diktatur", eine "Partei des Bürgerkriegs", eine Clique der nationalen Unterwerfung unter fremdländischen Willen.²⁸ Solch starke Worte stehen jedoch in eklatantem Widerspruch zu ihren tatsächlichen Konzeptionen und Aktionen: Die Schere zwischen Programm und Handeln der KPRF passiviert Funktionärscorps und Mitgliedschaft und macht die Partei zum Manipulationsobjekt der Exekutive. Formal läßt sich dies vielleicht mit

²⁵ Vgl. hierzu die ausführliche Wiedergabe zentraler Huntington-Thesen in: G.A. Zjuganov, *Rossija – Rodina Maja. Ideologija gosudarstvennogo patriotizma*, Moskau 1996, S. 115ff.

²⁶ Ebenda, S. 120.

²⁷ So P. Lopata, *Na puti idejnogo obnovlenija*, in: *Dialog*, Nr. 2/1997, S. 17-23, hier S. 18.

²⁸ *O političeskom momente, kompartii i ee programme*, Rede Zjuganovs auf der Allrussischen Konferenz der KPRF vom April 1994, in: *Dialog*, Nr. 4/1995, S. 35-41, hier S. 39.

der Situation der Traditions-SPD vergleichen: Auch hier fielen revolutionäre Rhetorik und reformistische Praxis zum Schaden von Motivation und Schlagkraft der Partei weit auseinander, und erst das Godesberger Programm von 1959 hat dieses Dilemma endgültig überwunden. Wie also positioniert sich die KPRF tatsächlich zum Jelzin-Regime? Wie sieht ihre Strategie und Taktik zur Eroberung der Macht im einzelnen aus?

Zunächst: Die KPRF erteilt einer organisierten Machtergreifung auf revolutionär-gewaltsamem Weg ebenso eine deutliche Absage wie gewaltsamen Aktivitäten an der Basis, denn diese "bergen die Gefahr eines unmerklichen Umschlagens in unkontrollierbare volksfeindliche Spontaneität in sich".²⁹ Überraschenderweise richtete Sjuganow in seinem ZK-Rechenschaftsbericht an den IV. Parteitag wiederholt scharfe Angriffe gegen den Trotzkiismus. Damit sollten aber nicht etwa trotzkistische Formationen ins Visier genommen werden, die in Rußland ohnehin nur geringe Bedeutung haben. Vielmehr sollte damit signalisiert werden: Als "verantwortliche", wenn auch "unversöhnliche" Opposition wendet sich die KPRF entschieden gegen solche Gruppen und Bewegungen linksextremer Prägung (nicht zuletzt in den eigenen Reihen), die auf eine gewaltsame Beseitigung des herrschenden Regimes zielen. Diese Strategie friedlicher Machtübernahme ist insofern überzeugend, als sich die KP Rußlands in kritischen Momenten an Bestrebungen zum gewaltsamen Umsturz nicht beteiligt hat: Weder mobilisierte sie ihren Anhang beim Putschversuch gegen Gorbatschow vom August 1991 noch unterstützte sie die Anti-Jelzin-Revolte vom Oktober 1993. Die friedliche Strategie ist aber nicht nur überzeugend, sondern auch realistisch: Sie trägt dem Umstand Rechnung, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor vom Trauma des Bürgerkriegs 1920/21 geprägt ist und entsprechende Neuauflagen scharf ablehnt. Nicht zufällig verwandte Sjuganow in seinen Thesen zum 80. Oktoberjubiläum viel Mühe auf den – fragwürdigen – Versuch zu beweisen, daß die Oktoberrevolution von 1917 zwar inhaltlich notwendig und alternativlos gewesen sei, nicht aber in ihrer gewaltsamen Form. Diese sei Lenin von inneren und äußeren Feinden aufgezwungen worden.³⁰

Die KPRF beläßt es jedoch keineswegs bei Zusicherungen, ihre Ziele auf friedlichem (wenn auch nicht ausschließlich parlamentarischem) Wege zu verfolgen. Vielmehr versteht sie sich als Teil des real existierenden Systems, ist sie zu einer integralen Kraft des bestehenden Establishments geworden. Eine Reihe russischer Experten gehen sogar noch weiter und sehen die KPRF geradezu in der Rolle eines "politischen Stabilisators": Die Tatsache, daß die Partei die neuen Realitäten einschließlich der Verfassung von 1993 anerkannt habe, sei von großer Bedeutung für eine Absenkung von Spannung und Streß in Politik und gesellschaftlichem Leben gewesen, heißt es. Die Opposition bilde heute ein "effektives Ventil zum Dampfablassen", indem sie "die Unzufriedenheit eines großen Bevölkerungsanteils in legitime Ufer lenkt".³¹

²⁹ Hierzu exemplarisch der ZK-Rechenschaftsbericht Zjuganovs, a.a.O., sowie seine Oktoberthesen, a.a.O.

³⁰ Oktober-Thesen, a.a.O.

³¹ L. Ševcova in der Diskussionsrunde Russkij Tupik?, a.a.O. Ähnlich auch V. Solovej, ebenda.

Tatsächlich hat sich die KPRF längst in das System integriert. Zwar suggerieren beide Seiten – das Jelzin-Lager ebenso wie die Kommunisten – in ihrer Rhetorik eine unüberbrückbare Kluft und Spaltung der Gesellschaft in Reformer und Reaktionäre. In Wirklichkeit jedoch läßt sich seit 1993 die Herausbildung eines "patriotischen Konsenses" beobachten, der in wesentlichen politischen Grundsatzfragen "den größten Teil der politischen Klasse miteinander verbindet und die meisten politischen Gruppierungen und Parteien überspannt. Außerhalb des patriotischen Konsenses stehen politische Gruppierungen an den äußeren Rändern des politischen Spektrums, und zwar sowohl auf der liberalen, prowestlichen Seite als auch auf der kommunistischen und national-extremistischen Seite. Die 'Partei der Macht' mit dem Jelzin-Lager und der überwiegende Teil der KPRF... sind dagegen – trotz Kontroversen in Einzelfragen – in einem patriotischen Konsens miteinander verbunden".³²

Inhaltlich bezieht sich dieser Grundkonsens auf zentrale politische Ziele, darunter: die Herausarbeitung einer neuen russischen Idee als lagerumspannende geistige Orientierung; die Notwendigkeit der Entwicklung eines auf eigenen Traditionen beruhenden, vom Westen unterschiedenen politischen und Wirtschaftsmodells; die Wiederherstellung von Größe und Würde Rußlands; die Annäherung und Integration der GUS-Staaten mit Rußland als zentralem Bezugspunkt. Dieser Grundkonsens hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß Rußland trotz der gewaltigen mehrdimensionalen Umbrüche spätestens seit Ende 1993 politisch und gesellschaftlich von einer erstaunlichen Kontinuität und Stabilität geprägt ist.

Im politischen Tagesgeschehen findet all dies seinen Ausdruck in der Bereitschaft der KPRF zu konsensorientierter Mitarbeit im System sowie in dem Streben nach Kompromiß und Ausgleich mit der Exekutive.³³ Wichtige Anhaltspunkte hierfür sind u.a.: die aktive Teilnahme an den Wahlen aller Ebenen und an der Gesetzgebung in den Parlamenten sowie das Hineinwachsen in die Exekutive von Kommunen, Regionen und ansatzweise auch der Regierung in Moskau (etwa in Form der früheren Minister Kowaljow/Justiz und Tulejew/GUS-Angelegenheiten). Noch bemerkenswerter ist der Umstand, daß die KPRF-Fraktion im Dezember 1992 den von Jelzin nominierten Tschernomyrdin zum Regierungschef mitgewählt hat (1996 sogar bereits im ersten Wahlgang) und ihn seither durch Verzicht auf ein Mißtrauensvotum de facto stützt. In die gleiche Richtung verweist ihre seit 1994 praktizierte Bereitschaft, nach gewissen Zugeständnissen der Regierung das Budget mitzutragen.

Neueste Entwicklungen verweisen darauf, daß diese Konsenssuche unter Einschluß der KPRF hinfert sogar noch breiter angelegt werden soll. Dies bezieht sich vor allem auf die Einrichtung eines ursprünglich von der KPRF-Führung vorgeschlagenen "Runden Tisches", an dem unter Leitung des Präsidenten die Vorsitzenden des Föderationsrates und der Staatsduma, die Vorsitzenden der Duma-Fraktionen, der Regierungschef und seine beiden Ersten Stellvertreter sowie Repräsentanten der Regionen und der Gewerkschaften angehören.³⁴ Man wird ab-

³² G. Simon, Der patriotische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 11/1997.

³³ Hierzu J. Kuzmin, Opposition: Appeasers Taming Radicals, in: Moscow News, Nr. 31/7.-13.8.1997; ähnlich eg., Tschernomyrdins Kooperation mit der KP, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.5.1997.

³⁴ Zu Funktion und Komposition des "Runden Tisches" vgl. Jelzins Pressesprecher Jastrzembkij, Interfax 21.10.1997.

warten müssen, ob der "Runde Tisch" in der Lage sein wird, seiner Funktion gerecht zu werden und in "konfliktueller Zusammenarbeit"³⁵ so komplizierte und kontroverse Probleme wie Bodenrecht, Steuerrecht, Energiepreise, kommunales Wohnungswesen einvernehmlich zu lösen. Darüber soll hier nicht spekuliert werden. In unserem Zusammenhang ist statt dessen die Bereitschaft der KPRF von Interesse, sich in Diskussionen über zentrale innere Richtungsentscheidungen einbinden zu lassen. Faßt man all diese Aspekte eines Strebens nach Grundkonsens ins Auge, so kann man heute in gewisser Hinsicht von der Existenz einer Großen Koalition in Rußland mit der KPRF als ihrem indirekten und doch integralen Bestandteil sprechen.

Vergleicht man die KPRF mit anderen KPen, so lassen sich die Ex-KPen Ostmitteleuropas – wie eingangs erwähnt – dafür nicht heranziehen. Eher können gewisse Ähnlichkeiten mit der KP Frankreichs der Nachkriegsepoche bis in die 70er Jahre hinein konstatiert werden: Wie diese trägt die KPRF zur Stabilisierung des Systems bei, indem sie sozialen Protest kanalisiert und in verfassungskonforme Bahnen lenkt, ohne selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf der anderen Seite hat sie gewisse formale Ähnlichkeiten mit der Situation der KP Italiens in der gleichen Periode: Wie diese ist die KPRF in Gemeinden, Regionen und nationalem Parlament stark vertreten, wird aber von der herrschenden politischen Klasse an der Übernahme der Macht im Zentrum gehindert. Die Folge ist die Entwicklung zu einer "blockierten Gesellschaft" (ähnlich dem Italien der DC), in der einerseits zwar die Gefahren einer Machtbeteiligung der KP verhindert werden, in der aber andererseits das herrschende Regime von Verkrustung, mangelnder Innovationsfähigkeit und Stagnation geprägt ist.

Der KPRF-Führung selbst scheint ein drittes Modell als "best-case-Szenario" vorzuschweben. Dieses bestünde darin, daß im Gefolge einer Verschärfung der sozialen Krise die dann abgewirtschaftete liberal-demokratische Gruppe um die Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tschubais und Nemzow neutralisiert würde. Damit würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Machtstrukturen friedlich zu durchdringen und wichtige Positionen in einem zentristisch ausgerichteten Kabinett Tschernomrydin oder Strojew zu besetzen (Föderationsrats-Sprecher Strojew ist erst vor kurzem von der KP zur Bewegung "Unser Haus – Rußland" übergewechselt).³⁶ Denn nicht die risikoreiche Bildung einer Alternative im Bündnis mit Jabloko und/oder der Lebed-Formation ist das Ziel der KP: Beiden erteilte der Kongreß eine klare Absage, denn im Bündnis mit ihnen müßte die KPRF selbst Reformbereitschaft zeigen. Statt dessen zieht sie die risikoarme Lösung einer Teilung der Macht mit den Zentristen vor, zu denen sich tatsächlich in vielen Punkten Konvergenzen abzeichnen, etwa im Hinblick auf Skepsis gegenüber einschneidenden Wirtschaftsreformen, auf Ablehnung der Zerlegung mächtiger Staatsmonopole, auf die Unterstützung des nationalen Kapitals gegen die Kompradorenbourgeoisie, auf Zustimmung zu einer raschen Vereinigung Rußland–Belarus.³⁷ Aus

³⁵ So J. Bunin, Na poroge "cholodnogo mira", in: *Novoe Vremja*, Nr. 50/1997, S. 10.

³⁶ Vgl. hierzu den instruktiven Beitrag von L. Shevtsova: *Dilemmas of Post-Communist Russia*. In: *Security Dialogue* (London), Nr. 1/1997, S. 83-96.

³⁷ In ähnliche Richtung argumentiert Ju. S.: *Parallelnye miry*. In: *Literaturnaja gazeta* (Moskau), Nr. 16, 23.4.1997, S. 1.

Sicht der KPRF läge der Vorteil einer solchen Lösung nicht zuletzt darin, daß sie ihr den Weg zur Teilhabe an der Macht ebnen würde, ohne daß ihre Identität und Interessen grundsätzlich tangiert würden oder gar eine innerparteiliche Zerreißprobe zu befürchten wäre. Unter diesem Aspekt ist die KPRF in ihrer heutigen Verfassung eine zutiefst strukturkonservierende Kraft, deren relevante Einbeziehung in die Regierungsverantwortung die Stagnationstendenzen in Rußland verstärken würde.

Ganz unabhängig von den Absichten der Parteiführung und möglicherweise gegen ihren Willen könne eine Führungsrolle der KPRF in der Regierung gleichwohl destabilisierende Auswirkungen haben, insbesondere aufgrund von Turbulenzen in der Wirtschaft.³⁸ Zwar akzeptiert die KPRF mittlerweile marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen in einem gemischtwirtschaftlichen System. Im Falle einer Machtübernahme wird sie keine erneute Vollverstaatlichung der Produktions- und Austauschmittel sowie keine umfassende Neuverteilung des Eigentums vornehmen: Dies würde auf eine von der Sjuganow-KP (in Einklang mit der Bevölkerungsmehrheit insgesamt) strikt abgelehnte gewaltsame Konfrontation hinauslaufen und wäre angesichts der bereits erfolgten weitreichenden Umschichtungen des Eigentums sowie der wachsenden Eigenständigkeit der Regionen gegenüber der Moskauer Zentrale wahrscheinlich überhaupt aussichtslos. Im Grunde will die KPRF nur solche Wirtschaftsbereiche in staatlicher Regie halten oder renationalisieren, die für das Land strategische Bedeutung haben: Schlüsselindustrien insbesondere im Rüstungs- und Luftfahrtsektor, Rohstoffe und Energie, Transport- und Kommunikationswesen. Das würde aus sich heraus kein Zurück zur administrativen Planwirtschaft zur Folge haben, sondern eher auf ein stark staatlich reguliertes Wirtschaftssystem hinauslaufen, wie es russischen Traditionen entspricht und auch von den Zentristen um Tschernomyrdin angestrebt wird.

Problematischer für die Stabilität in Rußland wäre eine Realisierung der in den Wahlprogrammen der KPRF anvisierten ökonomisch-sozialen Dringlichkeitsprogramme. Danach sollen umfangreiche Kredite, Subventionen und Finanzhilfen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie, für den Militär-Industrie-Komplex und den de facto noch immer weitgehend kollektiv organisierten Agrar-Industriesektor bereitgestellt sowie die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit, Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch erhöht werden. Zusätzlich sollen auch die Streitkräfte alles erhalten, was nach Ansicht der Kommunisten für die Sicherheit des Landes notwendig ist. Da sich in einem solchen Super-Keynes-Programm die aufgeblähten Staatsausgaben kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde eine solche Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach den Rubel ruinieren und einen Inflationsschub auslösen, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur schwer kontrollierbar wäre. Die Parteiführung stünde vor dem Dilemma, entweder die negative Dynamik durch immer neue Ausgabenprogramme abzumildern (was die Probleme aber eher noch weiter verschärfen würde) oder mittels eines umfassenden Austerity-Programms das Budget wieder ins Lot zu bringen und die Wirtschaft zu sanieren (was zu sozialen Revol-

³⁸ Das Wirtschaftsprogramm des Präsidentschaftskandidaten Zjuganov in: *Nezavisimaja gazeta*, 22.5.1996. Vgl. hierzu auch M. Derjabina, Präsidentschaftswahlen in Rußland: Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 34/1996.

ten führen sowie die KPRF erheblichen Konsens kosten und sie womöglich sogar spalten würde). Da beide Perspektiven der Parteiführung wenig verlockend erscheinen, zieht sie es ganz offensichtlich vor, die Verantwortung aus starken Positionen in einer Großen Koalition mit zentristischen Formationen zu teilen.

V. Die internationale Dimension

Auch auf internationalem Felde bildet sich ein lagerübergreifender Grundkonsens zwischen der KPRF und der Jelzin-Regierung heraus, allerdings – insbesondere im Hinblick auf Charakter und Perspektiven der GUS-Integration – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen.³⁹

Für die KPRF (und die anderen Komponenten der "Nationalpatrioten" linker und rechter Couleur) hat die Reintegration der GUS-Länder um Rußland herum höchste Priorität. So sprach Sjuganow auf dem Parteitag verächtlich von der "Belowesher Staatlichkeit Rußlands", die aus der Zerschlagung der Sowjetunion hervorgegangen sei – einer Sowjetunion, die historisch und kulturell in Großrußland ihre Wurzeln habe.⁴⁰ Folgerichtig rief er auf zur – gewaltlosen und freiwilligen – Restauration der "historischen Staatlichkeit Rußland" und zur "Wiedervereinigung der Völker des großen eurasischen Raums". Neben vielen anderen Gründen wurzelt der Vorrang für die GUS in der Vorstellung, Rußland könne seiner Großmachtrolle als Stabilisator des eurasischen Raums nur bei enger Anbindung und Kontrolle der GUS-Staaten gerecht werden. Umgekehrt stellt eine weitere Desintegration der GUS aus dieser Perspektive eine erstrangige Bedrohung für die innere Stabilität und die territoriale Integrität des Landes dar: Konflikte in dieser Region würden negativ nach Rußland hineinwirken, tatsächliche Unabhängigkeit von GUS-Ländern würde den wirtschaftlichen und militärischen Einfluß der USA und einer Reihe interessierter Regionalmächte zu Lasten Rußlands stärken. Bei alledem denkt die KPRF ebenso wie das Jelzin-Lager jedoch nicht an die Bildung einer neuen Union gleichberechtigter Staaten mit supranationalen Organen und kollektiven Sanktionsinstrumenten zur Implementierung gemeinsamer Beschlüsse: Eine solche Lösung, die z.B. dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko vorschwebt,⁴¹ ist für Moskau unannehmbar, denn sie würde eine Begrenzung der nationalen Souveränität implizieren. Statt dessen ist es in den Augen der russischen Eliten Aufgabe Moskaus, die Staaten des "nahen Auslands" um sich herum zu integrieren, nicht aber – unter Verzicht auf Teile der nationalen Souveränität – selbst integriert zu werden.

Bei allen Gemeinsamkeiten in der Integrationsrhetorik zeichnen sich im Hinblick auf das Verhältnis Rußland–GUS gleichwohl nicht unerhebliche Unterschiede zwischen Regierung und

³⁹ Vgl. hierzu O. Alexandrova, Der außenpolitische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 17/1997.

⁴⁰ Belovežskaja Pušča bezeichnet die Gegend im Westen Weißrußlands, in der die Präsidenten El'cin, Kravčuk (Ukraine) und Šuškevič (Belarus) im Dezember 1991 die Auflösung der Sowjetunion beschlossen. Zur KPRF-Integrationskonzeption allgemein vgl. den Beitrag des KP-nahen früheren GUS-Ministers Tuleev, *Novyj Sojuz – vo blago Rossii*, in: *Dialog*, Nr. 6/1997, S. 33-38. Hierbei handelt es sich um seine Rede vor den ausländischen Gastdelegationen zum KPRF-Kongreß.

⁴¹ Die entsprechenden Vorstellungen Lukašenkos finden sich in: *Nezavisimaja gazeta*, 2.12.1997.

Opposition ab – womöglich am einschneidendsten überhaupt in den Außenbeziehungen. Zwar bekundete auch das Jelzin-Lager die Absicht zu einer beschleunigten Integration "mit verschiedenen Geschwindigkeiten" und suchte sie durch Konstituierung zunächst des Viererbundes mit Belarus, Kasachstan und Kirgistan vom März 1996 sowie kurz darauf der Zweiergemeinschaft mit Belarus voranzutreiben (April 1996, zur "Union" vertieft im Mai 1997). Anders als die Opposition denkt die Jelzin-Exekutive dabei jedoch nicht an eine staatliche Vereinigung mit dem Ziel einer Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern an einen hegemonial strukturierten Bi- und Multilateralismus im GUS-Bereich um Rußland herum und nach russischen Regeln. Diese Politik beläßt den Partnern die Verantwortung für die Innen- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die formalen Attribute staatlicher Unabhängigkeit. Destabilisierungsmaßnahmen zur Disziplinierung unbotmäßiger Partner werden nur dort ergriffen, wo der Konflikt beherrscht werden kann (Beispiel: Abchasien), nicht aber dort, wo dies nicht der Fall ist (Beispiel: Ukraine). Allerdings ist durchaus fraglich, ob die Rechnung Moskaus tatsächlich aufgeht. Gewiß sucht eine Reihe von GUS-Staaten heute in der Hoffnung auf wirtschaftliche Vergünstigungen ein Nahverhältnis zu Rußland. Für einige von ihnen – z.B. für die Ukraine und Aserbaidschan – bildet enge Wirtschaftskooperation mit Rußland aber nur ein taktisches Instrument, um einen ökonomischen Kollaps zu vermeiden und die eigene Staatlichkeit zu festigen. Beides ist für sie in genauem Gegensatz zu den russischen Ambitionen Voraussetzung für ihr langfristig angelegtes Ziel, die alternativlose Abhängigkeit von Moskau abzubauen und durch Intensivierung der Beziehungen zu anderen Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft auszubalancieren.

Für die KPRF dagegen ist die Herausbildung einer neuen Union mit dem Ziel der schließlichen Wiedervereinigung unvermeidlich, hat der Prozeß in diese Richtung bereits eingesetzt. Dazu bemerkte – im Hinblick auf das größte Problem, die Ukraine – Parteivize Kupzow: "Wir lebten über 300 Jahre in einem einheitlichen Staat und haben dabei (gemeinsame) Regierungssysteme, Kommunikationsmechanismen, Kultur, Ethnos, Nation entwickelt. Ich habe einen Ukrainer niemals als einen Ukrainer angesehen, sondern habe ihn stets als denselben wie mich betrachtet. Daher ist eine Union objektiv im Entstehen begriffen. Sie wird verschiedene Stufen durchlaufen. Zunächst wird es sich wahrscheinlich um eine Wirtschaftsunion handeln, danach wird sie die Probleme einer Militärunion lösen. Eine politische Union wird etwas später entstehen. Welches werden die Initiatoren sein? Natürlich das Volk, nicht die Regierenden oder die Eliten. Die heutigen Machthaber hier und dort sind dazu weder bereit noch in der Lage."⁴²

Aus einer solchen Mentalität heraus sucht die KPRF mit einem breitgefächerten Instrumentarium von Einwirkungsmaßnahmen vorrangig im slawischsprachigen GUS-Raum die Integration bis hin zur staatlichen Vereinigung zu forcieren. Darauf verweist die Resolution der KP-dominierten Staatsduma vom März 1996, in der der Beschluß zur Auflösung der UdSSR vom Dezember 1991 annulliert und das unionsweite Referendum vom März 1991, in dem sich 76 Prozent der Abstimmenden für den Erhalt einer erneuerten Sowjetunion ausgesprochen hat-

⁴² Zitiert in dem Kupcov-Porträt von S.G. Simonsen, Still Favoring the Power of the Workers, in: Transitions, a.a.O., S. 52-56, hier S. 53.

ten, zum zentralen Bezugspunkt für die GUS-Strategie in Rußland erklärt wurde. Zwar betont die KP-Führung in ihren Dokumenten ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung auf freiwilliger Basis und unter Berücksichtigung des Bevölkerungswillens geschehen soll. Die heftigen Proteste führender Politiker aus den meisten GUS-Ländern gegen die Dumaresolution unterstreichen jedoch, daß diesen Absichtsbekundungen wenig Glauben geschenkt und überhaupt eine Integrationslinie mit dem Ziel einer staatlichen Vereinigung strikt abgelehnt wird. Sollte eine KP-geführte Exekutive dennoch versuchen, ihre Maximal-Strategie in die Wirklichkeit umzusetzen, so könnte dies zu erheblichen Turbulenzen in GUS-Staaten und zu scharfen Konflikten mit dem Westen führen. Ganz offensichtlich unterschätzt die KP die Widerstandspotentiale in dieser Region und bezieht in Überschätzung der russischen materiellen und Machthebel die Kontrollierbarkeit von Destabilisierung nur unzureichend in das eigene Kalkül ein.

Angesichts der selbstgestellten Hauptaufgabe der Integration der GUS-Staaten um Rußland herum rückt bei der KPRF die Beschäftigung mit dem "Fernen Ausland" stark in den Hintergrund.⁴³ Rußland sei "eine besondere Welt, eine besondere Kultur", heißt es in Sjuganows Parteitagebericht, und alle historischen Versuche, dem Land das "lateinische, schwedische oder preußische Modell" aufzuzwingen, seien gescheitert. Heute bemühe sich der Westen, mit Hilfe einer fünften Kolonne in Moskau den Kapitalismus in Rußland zu restaurieren und dem Land in kolonialem Stil den Status eines bloßen Rohstoff- und Energielieferanten zuzuweisen. Darüber hinaus wolle er um Rußland herum einen "Cordon sanitaire" legen, um zu verhindern, daß das Land seinen traditionellen Einfluß auf das Weltgeschehen zurückgewinnt.

Diese traditionelle, aus ideologischen Kategorien abgeleitete Feindsicht vermittelt jedoch nicht das ganze Bild. Analog zur Innen- und Wirtschaftspolitik fügen sich auch die westpolitischen Konzeptionen der KPRF in den erwähnten Grundkonsens unter den politischen Eliten Rußlands, wie er von Außenminister Primakow verkörpert wird. Dazu gehört die Betonung der Notwendigkeit, die eigenständige Rolle Rußlands durch Diversifizierung seiner internationalen Beziehungen, durch eine Politik "tous azimuts" (Primakow) zu unterstreichen. In ihrem Kern zielt diese Linie vorrangig auf den Abschluß strategischer Partnerschaften mit China, Indien und weiteren Mächten im asiatisch-pazifischen und nahöstlichen Raum. Damit soll demonstriert werden: Rußland ist bereit und in der Lage, globalen Hegemonieambitionen der USA durch enge Beziehungen zu anderen Machtzentren wirksam entgegenzutreten, nachdem sich der Anspruch Moskaus auf strategische Parität mit Washington nicht aufrechterhalten läßt.

Solche strategischen Partnerschaften bedeuten aus der Sicht der KPRF-Führung jedoch keine vorbehaltlose Gegnerschaft zum Westen: Auf dem IV. Parteitag verband Sjuganow seine ideologischen Diatriben antiwestlicher Stoßrichtung mit dem pragmatischem Angebot "an die

⁴³ Bezeichnenderweise gibt es bis heute keinen wirklichen außenpolitischen Profi unter den führenden Politikern der KPRF und daher – läßt man Zjuganovs stark ideologisierte Schriften einmal beiseite – auch keine umfassende Darstellung ihrer außenpolitischen Positionen. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die KPRF-"Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation" vom April 1996. Auszüge finden sich in: Moscow News Confidential, 17.4.1996, S. 4-6.

USA und den Westen insgesamt", auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Interessenausgleich partnerschaftliche Beziehungen zu entwickeln – vorausgesetzt, der Westen respektiert den Großmachtstatus Rußlands sowie die Absicht des Landes, nach eigenen Bedingungen und Traditionen zu leben. Daß dies nicht nur leere Worte sind, unterstreicht ein bemerkenswerter Vorgang: Im Dezember 1996 stimmte die KPRF-Fraktion der Staatsduma dem umfassenden und perspektivreichen Partnerschafts- und Kooperationsvertrag Rußland-EU zu und gab damit zu erkennen, daß die Sjuganow-Partei an engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union interessiert ist.⁴⁴ Voraussichtlich wird die KPRF daher auch in Zukunft bei aller Konfliktbereitschaft (etwa über den Komplex "Erweiterung der NATO") darauf bedacht sein, kooperative Beziehungen zum Westen zu pflegen und Situationen offener Konfrontation und Abschottung möglichst zu vermeiden. Denn angesichts der wirtschaftlichen Interdependenzen mit Europa würde ein Kurs ungebremster Konfrontation in Rußland selbst auf harten Widerstand stoßen und das Land wirtschaftlich ruinieren – weit über 50 Prozent seines Handels wickelt Rußland mit der EU und deren Beitrittskandidaten ab, und ebenfalls 50 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Rußland stammen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Beteiligt ist hieran auch eine Reihe russischer – einschließlich KP-administrierter – Regionen (insgesamt haben z.B. 15 Subjekte der Russischen Föderation Kooperationsabkommen mit 14 deutschen Bundesländern abgeschlossen). Sie würden ein Zurück zu konfrontativen Verhaltensmustern kaum widerspruchslos hinnehmen.

Vor diesem Hintergrund liegt es aus der Sicht der KPRF (als Teil des Grundkonsenses unter den russische Eliten) durchaus im Interesse Rußlands, den von gemeinsamen europäischen Normen, Standards und Werten geprägten internationalen Organisationen beizutreten bzw. enge Vertragsbeziehungen mit ihnen einzugehen (OSZE, Europarat, Europäische Union). Allerdings darf die multilaterale Kooperation nicht auf eine internationale Abhängigkeit Rußlands und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes hinauslaufen. Denn aus KPRF-Sicht widerspricht es den Interessen Rußlands als eigenständiger Großmacht, die Beziehungen zum Westen im Sinne wachsender Interdependenzen oder gar einer strategischen Partnerschaft allzu eng zu gestalten, heißt es, denn dies laufe letztlich auf eine Abhängigkeit Rußlands vom Westen hinaus. Das aber will die KPRF unter allen Umständen vermeiden, zumal sich bei ihr der Eindruck festgesetzt hat: Der Westen ist eher an einer Schwächung des Landes interessiert und hat dies durch fehlgeleitete Wirtschaftsförderung, aber auch durch seinen Widerstand gegen die objektiven Prozesse der GUS-Integration hinreichend demonstriert. So gesehen stehen Rußland und der Westen in politischer Konkurrenz um Macht- und Einflußzonen – einem von "Nullsummen"-Denken geprägten Wettbewerb, der zwischen Konflikt und Kooperation oszilliert und in dem der Westen als Partner und Widerpart zugleich fungiert.

Über das Verhältnis zu den Staaten der GUS und dem traditionellen Ausland hinaus haben die internationalen Beziehungen der KPRF aber noch eine dritte, aus KPdSU-Zeiten überkommene Dimension: die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien in aller Welt. Diese

⁴⁴ Vgl. dazu detailliert meinen Beitrag: Die Europäische Union und Rußland – Dimensionen und Perspektiven der Partnerschaft, in: *integration* (Bonn), Nr. 4/1996, S. 195-207.

Tradition manifestierte sich auf dem Treffen der KP-Führung mit den Repräsentanten der insgesamt 82 Auslandsdelegationen im Anschluß an den IV. Parteitag vom April 1997.

Die jeweilige Zahl und das Gewicht der anwesenden kommunistischen Parteien aus allen Erdteilen gaben zugleich wichtige Hinweise auf die internationalen Prioritäten der KPRF.⁴⁵ Auffallend massiv war die Präsenz der Bruderparteien aus sämtlichen Ländern der GUS, deren Reihen bemerkenswerterweise zusätzlich durch Vertreter kommunistischer Parteien aus Abchasien, Südossetien und Transnistrien angereichert wurden. Den zweitgrößten Block bildeten die kommunistischen Parteien aus Asien (einschließlich Nahost): die mit starken Delegationen vertretenen regierenden Parteien aus China, Vietnam und Nordkorea sowie die nicht-regierenden Parteien aus Indien, Afghanistan, Irak, Iran, Kurdistan(!), Syrien, Libanon, Palästina, Israel, Jordanien usw. Aus Ostmittel- und Südosteuropa hatten sich eine Reihe kommunistischer Parteien (u.a. baltische Staaten, Tschechien, Slowakei, BR Jugoslawien) sowie linkssozialistisch-kommunistische Randgruppen eingefunden, nicht aber die zur Sozialdemokratie mutierten ehemaligen Kommunistischen Parteien beispielsweise aus Polen, Litauen und Ungarn. Die meisten Länder Westeuropas waren durch ihre Kommunistischen Parteien vertreten, ferner durch eine Reihe linkssozialistischer Formationen (Beispiel: PDS) und durch zwei Beobachterdelegationen der Sozialistischen Internationale (SPD, PASOK Griechenlands).

Im Mittelpunkt des Treffens – von der KPRF herabstufend als schlichter "Meinungsaustausch" charakterisiert – stand ein Auftritt von GUS-Minister Tulejew (und nicht die einleitenden Worte der drei Führungsfiguren Sjuganow, Kupzow und Melnikow). Die Ursache für diese Prioritätensetzung liegt ganz offensichtlich darin, daß für die KPRF die Re-Integration der GUS-Staaten sowie die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Parteien die höchste Form des Internationalismus bilden. So sahen es auch die Bruderparteien der Region: Analog zur stark integrationsbezogenen Kongreßrede des ukrainischen KP-Chefs Simonenko legten sie den Schwerpunkt ihrer Beiträge auf das Streben nach Wiederherstellung der Union, wobei sie die Pionierrolle der KPRF gebührend hervorhoben.⁴⁶

Eine Reihe westlicher kommunistischer Parteien dagegen war keineswegs damit einverstanden, daß sich der moderne Internationalismus in der Solidarität mit den Vorkämpfern der GUS-Integration erschöpfen sollte. Vielmehr drängten sie die KPRF dazu, als große Partei der internationalen Arbeiterbewegung wieder einen Bezugspunkt für die kommunistischen Parteien zu bilden, wie früher Kommunistenkonferenzen mit dem Ziel der Ausarbeitung gemeinsamer Aktionen zu organisieren, ein Informationsorgan für die kommunistische Bewegung zu gründen (KP Finnlands, Ungarische AP, KP Chiles u.a.). Die KPRF hatte Mühe, derlei Anregungen abzuwehren: Als volkspatriotische Partei russischer Prägung hegt sie starke Vorbehalte gegen den traditionellen Internationalismus der Kommunisten. Für Führungsfiguren wie Sjuganow stellt er im Grunde nur eine andere Variante westlicher Bestrebungen dar, den spezifischen Zivilisationstyp Rußland den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt

⁴⁵ Die genaue Auflistung der teilnehmenden Parteien findet sich in: *Kommunist*, Nr. 4/1997, S. 96-102.

⁴⁶ Die Reden der Parteiführer auf dem Kommunistentreffen wurden – mit Ausnahme des Tuleev-Vortrags (vgl. Anm. 39) – nicht publiziert; der Verfasser stützt sich auf eigene Aufzeichnungen.

auszusetzen. Jedenfalls erteilt der KPRF-Vorsitzende in seinen Schriften dem "Moloch Weltrevolution" eine klare Absage: Er hält den sowjetischen Führern nach Stalin vor, die Kräfte des Landes vollkommen überschätzt und damit zu seinem Untergang beigetragen zu haben, "in der Jagd nach der Fata Morgana einer globalen Führung in der Welt, die dem Wesen und Geist der rußländischen geopolitischen Tradition vollständig fremd ist".⁴⁷

So mußten sich die westlichen Parteien mit der Auskunft zufriedengeben, daß sich die KPRF zwar an kollektiven Initiativen der Bruderparteien beteiligen werde. Von der zukünftigen Organisation oder Koordination internationalistischer Aktivitäten durch die KPRF war jedoch nicht die Rede. Ihre Enttäuschung teilen sie mit den stalinistischen Nostalgikern in der KPRF, die bereits zuvor scharfe Kritik an Sjuganows – von Huntington beeinflusster – Einschätzung geübt hatten, wonach "weniger die Beziehungen zwischen den Klassen als die Beziehungen zwischen den Zivilisationen" die globalen Konflikte determinieren. Damit vergesse der Parteichef völlig die Prinzipien der internationalen Solidarität der Werktätigen und der Völker und mißachte die zentrale Lehre Lenins von der dialektischen Einheit zwischen Nationalstolz und Internationalismus. Selbst der Begriff "Internationalismus" wurde bei Sjuganow nur in negativem Sinn verwandt, nämlich als Kennzeichen einer Haltung, "die die jahrhundertalten Besonderheiten und die nationalen Interessen dem Moloch 'Weltrevolution' opfere".⁴⁸ Das Weltbild des Nationalpatrioten Sjuganow und die Polemik seiner marxistisch-leninistischen Kritiker sind eindrucksvolle Beispiele für Wandel und Spannbreite der KPRF.

VI. Fazit und Ausblick

Paradoxerweise sind es die Widersprüche, die die KPRF in der Balance halten – ganz ähnlich wie in Rußland insgesamt.⁴⁹ Denn tatsächlich koexistieren in der Partei Nationalpatrioten und Slawophile mit Sowjettraditionalisten, marxistischen Modernisierern und pragmatischen Reformern. Die amorphe Programmatik und die Symbolfigur Lenin wirken zwar einerseits als Bindemittel zwischen den divergierenden Strömungen – jede unter ihnen findet dort solche Aussagen, die in das eigene Weltbild hineinpassen. Insofern ist die KPRF stabiler, als es von außen aussehen mag. Andererseits aber führt diese spezifische Form von Stabilität zu Stillstand und Stagnation: Die Flügel halten sich wechselseitig in Schach, den Anhängern eines "modernen Sozialismus" gelingt kein Durchbruch, wie die Absage der angekündigten Diskussion um eine Programmerneuerung eindrucksvoll demonstriert.

Vor diesem Hintergrund wird die KPRF auch dann, wenn sie stärker an der Regierung beteiligt werden sollte, keine Rückkehr zum Sowjetsystem betreiben. Sie hat politischen Pluralismus und gemischtwirtschaftliches System inzwischen prinzipiell akzeptiert, und sie weiß: Der

⁴⁷ G. Zjuganov, *Za gorizontom*, Moskau 1995, S. 49. Vgl. hierzu auch G. Simon, Gennadij Sjuganow: Das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts*, Nr. 15/1996.

⁴⁸ Lopata, a.a.O., S. 19f. Die Zitate beziehen sich auf das Zjuganov-Buch *Rossija – Rodina Maja*, a.a.O., S. 53 bzw. S. 232f.

⁴⁹ Vgl. hierzu L. Shevtsova, *Dilemmas of Post-Communist Russia*, a.a.O.

Versuch einer Restauration könnte zu Gewalt, Bürgerkrieg und möglicherweise Zerfall Rußlands führen. Das heißt jedoch nicht, daß sich die KPRF nach dem Beispiel vieler ehemaliger kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas in ihrer Gesamtheit mittelfristig "sozialdemokratisieren" wird.

Sofern die KPRF längerfristig überhaupt zusammenhält, wird sie sich als linksnationale Partei spezifisch russischen Typs weiterentwickeln, in der politische und wirtschaftliche Freiheit kollektiv gebunden sind, Gerechtigkeit als Gleichheit interpretiert wird und Solidarität jenen Kräften gilt, die zur Renaissance des russischen Imperiums beitragen. So steht die KP Sjuganows viel stärker in der Tradition ihrer Vorgängerin als die Ex-KPen Ostmitteleuropas, die sich inzwischen in ihrer Mehrheit glaubhaft zu Sozialdemokraten gewandelt haben und auf verschiedene Weise an die Sozialistische Internationale angebunden wurden. In Ostmitteleuropa war es der demokratische Sozialismus, der über den klassischen Marxismus-Leninismus triumphierte, in Rußland dagegen zu ganz wesentlichen Teilen der großrussische Nationalismus.

Heinz Timmermann

**The Communist Party of Russia:
A Survey of Its Structure, Programme and Modes of Action**

Bericht des BIOst Nr. 9/1998

Summary

Introductory Remarks

Since the mid-1990s the Communist Party of the Russian Federation (CPRF) has experienced a surprising renaissance. In December 1995 it won by far the largest number of seats in the lower chamber of the Russian parliament (the Duma) and for a long time it looked as if it had a good chance of defeating Yeltsin in the presidential elections of summer 1996. In this respect its political fortunes resemble those of its former counterparts in Eastern Europe. In stark contrast to the latter, however, the CPRF has not become a social democratic party but instead has adopted a kind of leftist-nationalist or leftist-imperialist position that is a curious mixture of traditional Marxism-Leninism and great-power Russian nationalism. How has this party, whose leader Gennadii Zyuganov opposed *perestroika*, managed to make such a comeback? What is the source of its organisational strength? What are the guiding features of its political programme and what kind of strategy does it have for attaining power? What would be the consequences for the West of a return to power by the Communists? In examining these and other questions the report draws mainly on Communist Party sources, the analyses of Russian and Western experts, conversations the author had at the Fourth Congress of the CPRF in Moscow in April 1997 and observations he made there.

Findings

1. The state of crisis engendered by the difficulties of political and economic transformation in Russia has meant that the vast majority of the Russian population has been permanently under stress for several years now. It is therefore not surprising that its political sympathies lie mainly with parties like the CPRF and Vladimir Zhirinovskiy's Liberal-Democratic Party (LDPR) that are highly critical both of the Yeltsin regime in Moscow and of its affiliates in the regions and hold them responsible for the calamitous state of affairs. While in the elections to the Duma in December 1993 this mood of protest found its expression chiefly in support for Zhirinovskiy's party (the LDPR won 22.9 percent of the vote, while the CPRF had only 12.4 percent), two years later the pendulum had swung in the Communist Party's favour, producing an almost exact reversal of the previous result (22.4 percent of the votes for the CPRF and 11.2 percent for the LDPR). At the same time the CPRF has an impressive organisational network and quite a number of pillars of political support. With

around 540,000 holders of party cards, its membership is more than double that of all other political parties in Russia put together, and its more than 20,000 grass-roots organisations encompass all eighty-nine subjects of the Russian Federation.

2. Thus, in structural terms the CPRF looks at first sight like a party with a good chance of returning to power. A closer examination reveals, however, that unless the party makes fundamental changes in its programme, style and social composition its political outlook is actually rather dim. At present, there is little sign that it intends to do this, as the Fourth Party Congress of April 1997 demonstrated. A stagnating membership from which younger people are conspicuously absent; the fact that it is out of touch with the working class, despite its declared identity as a class-based party; and the severing of ties to affiliated public organisations, which has had an adverse effect on its ability to mobilise public support for its political goals: these are just some of the party's woes. All efforts to give it a broader base of support – such as the foundation of the CP-dominated “People's Patriotic Union” – cannot disguise the fact that with around 40 percent of the vote in the Duma and in the presidential elections the party seems to have reached an upper ceiling and to have exhausted its potential. Given the unfavourable structural factors listed above, the party's potential is more likely to shrink than to grow and the chances of its attaining the leadership of the country will probably decrease.
3. It is impossible to place the CPRF on the right-left political spectrum generally used in the West. Instead it seems to make more sense in Russia today to divide political parties into those that favour a large degree of state control and intervention and those of a more liberal-democratic orientation. Viewed in these terms, the CPRF can definitely be said to belong to the first category, since it distinguishes itself chiefly from the other imperialist or nationalist parties by the addition of certain elements of Marxist-Leninist, Soviet-communist thought to its particular form of political hybrid. Despite a large degree of overlap, it is possible to discern three basic currents of thought within the party, all of which are reflected to differing extents in the party's programme.
4. The most influential group are the national-patriots under their indisputed leader Zyuganov. They advocate the restoration of the country to the status of a Great Power on the basis of traditional Russian values, emphasise the distinctive character of Russia as opposed to Western civilisation and play down the party's Marxist legacy. In these respects they share common ground with other national-patriotic groups (with the exception of Zhirinovsky's party, which is regarded as something of a joke). As a result some members of this wing favour a merger of the CPRF with its partners in the People's Patriotic Union to form a right-centre party. It is more difficult to assess the strength or influence of the second group, led by deputy party chief Kuptsov, which may be described as the Marxist renewal wing. This wing continues to adhere to the party's Marxist-Leninist socialist legacy and regards the national-patriotic escapades of the Zyuganov wing with scepticism. It would like to see the CPRF occupy the left end of the Russian political spectrum. The smallest of the three groups are the Stalinist revivalists, who make up about 10-15 percent of the party and include some of the putschists of 1991 and 1993. The influence of this

wing on the party's programme and policies is thus relatively small, but it benefits from the pressure exerted on the CPRF leadership by Stalinist formations outside the party to renounce both the nationalist and left-wing reformist elements of its programme.

5. Given the predominance of national-patriotic sentiments in the CPRF and the party's fixation on the state, its approach to Soviet history is understandable. Alongside Lenin (above all as the restorer of Russia's state unity) the party emphasises the role of Stalin among the Bolshevik leaders. And although it condemns Stalin's repressions, albeit in rather ambiguous terms, the CPRF leadership clearly believes that these were outweighed by his achievements – i.e. the transformation of the Soviet Union into a powerful industrial state and the metamorphosis of internationalism and the doctrine of world revolution, which was a drain on Russia's resources, into an etatist and imperialist Soviet patriotism. Zyuganov even goes one step further, not only emphasising Russia's independence from the West as a Great Power with its own unique culture but also voicing sympathy for Huntington's thesis of a "clash of civilisations" as the chief conflict of the coming age. Zyuganov's theses have met with some resistance within the party, however.
6. One of the CPRF's main problems is that there is often a big discrepancy between words and action. Thus, the CPRF describes itself as an "intransigent opposition", engages in rhetoric critical of the system and portrays its policies as furthering the "national liberation struggle of the Russian people" the goal of which is to overthrow the Yeltsin regime. In practice, however, it rejects the seizure of power by revolutionary and violent methods just as categorically as it condemns violent activity among the party ranks. In reality it has long since become a part of the political mainstream in Russia in which there exists a fundamental consensus espousing the following main political goals: the evolution of a new Russian idea that would provide a common intellectual orientation irrespective of political camp; the development of a political and economic model derived from Russia's own traditions and distinct from that of the West; the restoration of Russia's greatness and dignity; and the rapprochement and integration of the CIS states with Russia at the centre. This fundamental consensus is one of the chief factors responsible for the fact that, despite the huge upheavals that have taken place on many levels, Russia has, since at least the end of 1993, experienced a surprising degree of political and social continuity and stability. In day-to-day politics this finds expression in the CPRF's willingness to work within the political system to achieve consensus as well as in its attempts to find areas of compromise and conciliation with the executive.
7. In the international sphere, too, a consensus is emerging between the CPRF and the Yeltsin government that embraces all political camps, albeit with differences of emphasis, particularly regarding the nature and future of CIS integration. Thus, the CPRF has gone to some lengths to exert leverage, mainly over the Slavic states, in order to force their integration or even political unification with Russia. Although the CPRF explicitly states in its documents that reunification should be a voluntary act that takes into account the will of the people, the outcry that the Duma resolution of March 1996 provoked among the leaders of most of the CIS states demonstrates how little credibility such statements have and, more-

over, that any integration programme that has the unification of states as its ultimate goal is rejected out of hand. Should the communist-led executive nonetheless try to put its full strategy into practice, there could be considerable turmoil in the CIS states and sharp conflicts with the West.

8. Owing to the importance the CPRF attaches to the integration of the CIS states with Russia at the centre, relations with the rest of the world tend to be pushed into the background. The party's foreign policy programme is dominated by polemics against the West, a stance derived from the division of the world into two ideologically opposed camps. This hostile rhetoric does not tell the whole story, however. Like its domestic and economic policy, the CPRF's foreign policy is also informed by the fundamental political consensus that exists among Russia's political elites, as represented by Foreign Minister Primakov. One of its main themes is the necessity of emphasising Russia's autonomy by diversifying its international relations, or pursuing a policy of "tous azimuts" as Primakov calls it. At the heart of this policy is the conclusion of strategic partnerships with China, India and other states in the Asian-Pacific and Middle Eastern zones. In this way Russia aims to demonstrate that, despite its inability to maintain strategic parity with Washington, it is willing and able to counter the USA's ambitions towards global domination by cultivating close ties with other power centres. For the CPRF leadership strategic partnerships of this kind do not, however, signify out-and-out hostility towards the West. In December 1996, for example, the CPRF faction in the Duma voted in favour of the broad-ranging and promising Partnership and Co-operation Treaty between Russia and the EU, thus signalling the party's interest in establishing close political and economic ties with the European Union.
9. A third dimension of the CPRF's foreign relations, alongside those with the CIS and the rest of the world, is its co-operation with foreign communist parties all over the world, a tradition carried over from the Soviet era. This was manifest in the meeting the CP leadership had with representatives of eighty-two foreign delegations following the Fourth Party Congress in Moscow in April 1997. The main topic of the meeting was the re-integration of the CIS states and co-operation between their communist parties. The CPRF regards this as the highest form of internationalism. By contrast, owing to its populist Russian nationalist leanings, it holds strong reservations about traditional communist internationalism. For leaders like Zyuganov the latter simply constitutes yet another attempt by the West to expose Russian civilisation to the corrupting influence of the Western world.